



Hochschule für den
öffentlichen Dienst
in Bayern

Fachbereich
Rechtspflege

Studienplan für das duale Studium Diplom-Verwaltungswirt/in (FH) im Justizvollzug

Fachstudium I und II 2025/2026

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung.....	3
Allgemeiner Inhalt und Dauer der Fachtheoretischen Studienabschnitte	4
Erster Fachtheoretischer Studienabschnitt.....	5
Zweiter Fachtheoretischer Studienabschnitt	77
Leistungskontrollen während der Fachtheoretischen Studienabschnitte (Fachstudium I und II).....	130

Vorbemerkung

Der Studienplan für das duale Studium Diplom-Verwaltungswirt/in (FH) im Justizvollzug enthält die verbindliche Festlegung

- der Anzahl, der Reihenfolge, der Dauer und der Inhalte der theoretischen Studienabschnitte,
- der Stundenanzahl der Lehrveranstaltungen,
- der Anzahl und der Arbeitszeit der Klausuren und sonstigen Leistungskontrollen.

Allgemeiner Inhalt und Dauer der Fachtheoretischen Studienabschnitte

Allgemeiner Inhalt

Der Unterricht im ersten und zweiten fachtheoretischen Studienabschnitt (Fachstudium I und II) setzt sich aus Vorlesungen und Arbeitsgemeinschaften zusammen.

Die Vorlesungen dienen der Vermittlung des in diesem Studienplan aufgeführten Lehrstoffs; die Arbeitsgemeinschaften vertiefen mit komplexeren Fällen diese Lehrinhalte und bereiten auf die schriftlichen Leistungskontrollen vor.

Zusätzlich finden Besprechungen von schriftlichen Leistungskontrollen statt.

Das **Fachstudium I** dauert 9 Monate und 1 Woche im Zeitraum September des Einstellungsjahres bis Mitte Juni des Folgejahres.

Das **Fachstudium II** dauert 11 Monate im Zeitraum Januar bis einschließlich November des darauffolgenden nächsten Jahres; es wird für insgesamt einen Monat Erholungsurlaub von Mitte bis Ende Juni und von Mitte bis Ende August unterbrochen.

Die genaue datumsmäßige Festlegung der einzelnen fachtheoretischen Studienabschnitte und der Urlaubsunterbrechung ist dem jährlichen Vorlesungsverzeichnis des Fachbereichs Rechtspflege zu entnehmen.

Erster Fachtheoretischer Studienabschnitt

(FACHSTUDIUM I)

Bürgerliches Recht

Bürgerliches Recht - Allgemeiner Teil

Lehrveranstaltungsstunden: 24

1	Einführung
2	Rechtsgeschäft
2.1	Rechtsgeschäft, Vertrag, Willenserklärung
2.2	Gefälligkeitsverhältnis und Realakt
2.3	Verpflichtungs- und Verfügungsgeschäfte
3	Willenserklärung
3.1	Elemente der Willenserklärung
3.2	Abgabe und Zugang von Willenserklärungen
3.2.1	Überblick
3.2.2	Abgabe
3.2.3	Zugang
3.3	Auslegung
3.4	Schweigen
4	Geschäftsfähigkeit
4.1	Überblick
4.2	Geschäftsunfähigkeit
4.3	Beschränkte Geschäftsfähigkeit
4.3.1	Voraussetzungen
4.3.2	Zustimmungsfreie Rechtsgeschäfte
4.3.3	Zustimmungsbedürftige Verträge
4.3.4	Einseitige Rechtsgeschäfte
4.3.5	Teilgeschäftsfähigkeit
5	Form von Rechtsgeschäften und der Formmangel
5.1	Gesetzliche und gewillkürte Formerfordernisse
5.2	Folgen des Formmangels
6	Vertragsschluss
7	Einigungsmangel (Dissens)

8	Willensmängel
8.1	Bewusstes Abweichen von Wille und Erklärung
8.1.1	Geheimer Vorbehalt
8.1.2	Scheingeschäft
8.1.3	Scherzgeschäft
8.2	Unbewusstes Abweichen von Wille und Erklärung; Anfechtung
8.2.1	Anfechtungsvoraussetzungen im Überblick
8.2.2	Inhalts- und Erklärungsirrtum
8.2.3	Eigenschaftsirrtum
8.2.4	Übermittlungsirrtum
8.2.5	Arglistige Täuschung und widerrechtliche Drohung
8.2.6	Durchführung der Anfechtung
8.2.7	Rechtsfolgen der Anfechtung

9	Verbotene Rechtsgeschäfte
9.1	Gesetzliche Verbote
9.2	Behördliche und rechtsgeschäftliche Verbote
9.3	Sittenwidrigkeit

10	Teilnichtigkeit, Umdeutung und Bestätigung
-----------	---

11	Stellvertretung
11.1	Allgemeines
11.2	Voraussetzungen wirksamer Stellvertretung
11.2.1	Eigene Willenserklärung des Vertreters
11.2.2	Handeln im Namen des Vertretenen
11.2.3	Vertretungsmacht: Arten, Erteilung und Umfang
11.2.4	Vollmacht und Grundgeschäft / Erlöschen der Vollmacht / Anfechtung der Vollmacht
11.2.5	Schutz des guten Glaubens an das Bestehen einer Vollmacht
11.2.6	Vertretungsverbot des § 181 BGB
11.3	Wirkungen der Stellvertretung
11.4	Vertretung ohne Vertretungsmacht
11.5	Untervertretung und Gesamtvertretung

12	Beendigung, Befristung, Termine und Verjährung
12.1	Bedingung und Befristung
12.1.1	Begriffsbestimmungen

12.1.2	Schutz des bedingt Berechtigten
12.2	Zustimmungsbedürftige Rechtsgeschäfte
12.3	Fristen und Termine
12.3.1	Geltungsbereich und Grundbegriffe
12.3.2	Fristbeginn
12.3.3	Fristende
12.3.4	Fristberechnung
12.3.5	Beispiele
12.4	Verjährung

Bürgerliches Recht - Schuldrecht - Allgemeiner Teil

Lehrveranstaltungsstunden: 24

1	Überblick über das Schuldrecht
1.1	Orientierungsprinzipien
1.2	Anspruchsaufbau

2	Besonderes Schuldrecht
2.1	Kaufvertrag
2.1.1	Zustandekommen
2.1.2	Rechtsfolgen
2.1.3	Mängelgewährleistung
2.2	Allgemeine Geschäftsbedingungen
2.2.1	Begriff
2.2.2	Anwendungsbereich
2.2.3	Einbeziehung in Verträge
2.2.4	Einblick in die Inhaltskontrolle
2.3	Schenkung
2.4	Mietvertrag
2.4.1	Zustandekommen
2.4.2	Haupt- und Nebenleistungspflichten
2.4.3	Gewährleistung des Vermieters und Ansprüche des Mieters bei Mängeln
2.4.4	Beendigung des Mietvertrages
2.5	Werkvertrag
2.5.1	Abgrenzung zu anderen Verträgen, insbesondere zum Werklieferungsvertrag
2.5.2	Zustandekommen
2.5.3	Rechte und Pflichten der Vertragsparteien
2.5.4	Fälligkeit der Vergütung und Abnahme des Werkes
2.5.5	Leistungsstörungen und Gewährleistung (Parallelen zum Kaufrecht, Ersatzvornahmerecht des Bestellers)
2.6	Darlehensvertrag (Einblick)

3	Allgemeines Schuldrecht
3.1	Erfüllung
3.2	Aufrechnung
3.3	Abtretung einer Forderung
3.4	Schadensersatzanspruch bei Leistungsstörungen
4	Deliktischer Schadensersatzanspruch
5	Ungerechtfertigte Bereicherung

Bürgerliches Recht - Mobiliarsachenrecht Lehrveranstaltungsstunden: 18

1	Einführung
1.1	Grundsätze des Sachenrechts
1.2	Wesen, Begriff und Gliederung des Sachenrechts

2	Besitz
2.1	Begriff, Erwerb und Beendigung
2.1.1	Begriff
2.1.2	Erwerb nach § 854 I BGB
2.1.3	Beendigung nach § 856 BGB
2.1.4	Erwerb nach § 857 BGB
2.2	Besitzarten
2.2.1	Unmittelbarer Besitz
2.2.2	Mittelbarer Besitz
2.3	Besitzdiener
2.4	Besitzschutz
2.4.1	Verbotene Eigenmacht
2.4.2	Fehlerhafter Besitz
2.4.3	Selbsthilfe und Verfolgungsrecht
2.4.4	Possessorische Besitzschutzansprüche
2.4.5	Petitorische Besitzschutzansprüche

3	Rechtsgeschäftlicher Eigentumserwerb
3.1	Erwerb vom Berechtigten
3.2	Eigentumsübertragung durch Stellvertreter
3.3	Erwerb vom Nichtberechtigten

4	Eigentumserwerb kraft Gesetzes
4.1	Ersitzung
4.2	Verbindung, Vermischung und Verarbeitung
4.3	Eigentum an Schuldurkunden
4.4	Aneignung

4.5	Fund
-----	------

5	Ansprüche aus dem Eigentum
5.1	Dinglicher Herausgabeanspruch
5.2	Beseitigungs- und Unterlassungsanspruch

6	Einblick in das Eigentümer-Besitzer-Verhältnis
----------	---

Bürgerliches Recht - Immobiliarsachenrecht Teil I

Lehrveranstaltungsstunden: 6

1	Grundbegriffe des Sachenrechts
1.1	Sachen
1.2	Bestandteile
1.3	Zubehör
1.4	Früchte und Nutzungen

2	Grundsätze des Sachenrechts
2.1	Absolutheit der Sachenrechte
2.2	Numerus clausus der Sachenrechte
2.3	Publizitätsprinzip
2.4	Bestimmtheitsgrundsatz
2.5	Grundsätze des dinglichen Rechtsgeschäfts
2.6	Materielles und formelles Grundstücksrecht

3	Rechtsgeschäftlicher Erwerb von Grundstücksrechten
3.1	Einigung und Grundbucheintragung
3.2	Zusammenspiel der beiden Elemente

4	Übertragung des Eigentums an Grundstücken
4.1	Auflassung
4.2	Form
4.3	Verbot der Befristung und Bedingung
4.4	Gegenstand der Auflassung

5	Verfügungen und Mängel der Verfügungsberechtigung
5.1	Begriffsbestimmungen
5.2	Fehlen der Rechtsinhaberschaft
5.3	Mängel der Verfügungsbefugnis

6	Inhaltsänderung und Aufhebung von Grundstücksrechten
6.1	Begriffe
6.2	Voraussetzungen

7	Dingliche Grundstücksrechte im Überblick
----------	---

8	Vormerkung und Widerspruch
8.1	Auflassungsvormerkung
8.2	Vormerkung
8.3	Widerspruch

9	Rangverhältnisse
9.1	Bedeutung
9.2	Gesetzliche Rangordnung
9.3	Rangbestimmung

10	Erbbaurecht im Überblick
-----------	---------------------------------

11	Wohnungseigentumsrecht im Überblick
-----------	--

Bürgerliches Recht - Immobiliarsachenrecht - Teil II
Lehrveranstaltungsstunden: 6

1	Beschränkte dingliche Grundstücksrechte
1.1	Grunddienstbarkeit
1.1.1	Begriff
1.1.2	Entstehung
1.1.3	Belastungsgegenstand
1.1.4	Berechtigter
1.1.5	Inhalt
1.2	Beschränkte persönliche Dienstbarkeit
1.2.1	Gemeinsamkeiten mit der Grunddienstbarkeit
1.2.2	Berechtigter
1.2.3	Inhalt: Wettbewerbsverbot/Verkaufsbeschränkung
1.3	Nießbrauch
1.3.1	Wesen
1.3.2	Begriff
1.3.3	Abgrenzung zu den übrigen Dienstbarkeiten
1.3.4	Erscheinungsformen
1.3.5	Belastungsgegenstand
1.3.6	Berechtigter
1.3.7	Rechte und Pflichten der Beteiligten
1.3.8	Rechts des Nießbrauchers
1.3.9	Pflichten des Nießbrauchers

2	Reallast
2.1	Wesen
2.2	Begriff
2.3	Anwendungsgebiete
2.4	Entstehung
2.5	Belastungsgegenstand
2.6	Berechtigter
2.7	Inhalt

3	Grundpfandrechte
3.1	Hypothek
3.2	Grundschild
4	Erbbaurecht
5	Wohnungseigentum
6	Vormerkung
7	Rangverhältnis der Grundstücksrechte

Arbeitsrecht Lehrveranstaltungsstunden: 24

1	Besonderheiten des arbeitsgerichtlichen Urteilsverfahrens
1.1	Allgemeines (Abgrenzung zum kollektiven Arbeitsrecht)
1.2	Arbeitnehmereigenschaft (§ 84 I 2 HGB)
1.3	Zuständigkeiten; Urteilsverfahren; Anwendung der ZPO-Vorschriften
1.4	Besonderheiten

2	Begründung des Arbeitsverhältnisses
2.1	Vertragsanbahnung und Abschluss des Arbeitsvertrages
2.2	Inhaltskontrolle (Allgemeine Geschäftsbedingungen)
2.3	Faktisches Arbeitsverhältnis

3	Lohnzahlungspflicht (Überblick)
3.1	Allgemeines
3.2	Jahressonderzahlungen (betriebliche Übung; Gleichbehandlungsgrundsatz)
3.3	Rückzahlungsverpflichtung

4	Urlaub (Überblick)
4.1	Gewährung, Höhe und Verfall
4.2	Entgelt; Abgeltung

5	Entgeltfortzahlung bei Krankheit und an Feiertagen
5.1	Anspruchsvoraussetzungen, Höhe und zeitliche Dauer
5.2	Sonstige „Lohnansprüche ohne Arbeit“ (Betriebsrisiko, Arbeitskampf u.a.)

6	Beendigung des Arbeitsverhältnisses
6.1	Anfechtung (§§ 119, 123 BGB; Rechtsfolgen)
6.2	Kündigung (Erklärung, Gründe, Klagebesonderheiten)

6.3	Betriebsratsanhörung
6.4	Kündigungsgründe (personen-, verhaltens- und betriebsbedingte Kündigung)
6.5	Soziale Rechtfertigung (Sozialauswahl, Abfindung, Änderungskündigung)
6.6	Kündigungsfristen; Aufhebungsvertrag; Weiterbeschäftigungsanspruch

7	Haftung von Arbeitnehmer und Arbeitgeber
7.1	„Innerbetrieblicher Schadensausgleich“ (Rechtsgedanke des § 254 BGB)
7.2	Schadensersatz (§ 628 II BGB)
7.3	Mankohaftung
7.4	Vertragsstrafen und Mobbing

Familien- und Erbrecht Lehrveranstaltungsstunden: 18

1	Familienrecht
1.1	Verwandtschaft und Schwägerschaft
1.1.1	Begriffe
1.1.2	Wirkungen
1.2	Abstammung
1.2.1	Mutterschaft
1.2.2	Vaterschaft
1.3	Ehe
1.3.1	Begriff
1.3.2	Voraussetzungen
1.3.3	Wirkungen
1.4	Güterrecht und Güterstände
1.5	Scheidung
1.5.1	Voraussetzungen
1.5.2	Rechtsfolgen
1.5.2.1	Elterliche Sorge und Umgang
1.5.2.2	Unterhalt und Versorgungsausgleich
1.6	Betreuung
1.6.1	Voraussetzungen
1.6.2	Wirkungen
1.7	Unterbringung
1.7.1	Arten
1.7.2	Zivilrechtliche und öffentlich-rechtliche Unterbringung

2	Erbrecht
2.1	Grundbegriffe
2.1.1	Universalsukzession
2.1.2	Von-Selbst-Erwerb
2.2	Gesetzliche Erbfolge
2.2.1	Verwandte

2.2.2	Ehegatte
2.2.3	Fiskus
2.3	Gewillkürte Erbfolge
2.3.1	Verfügungen von Todes wegen
2.3.2	Inhalte
2.3.3	Errichtung
2.3.4	Widerruf
2.3.5	Anfechtung
2.3.6	Auslegung
2.4	Ausschlagung
2.4.1	Voraussetzungen
2.4.2	Wirkung
2.5	Nachweis der Erbfolge (Erbschein)
2.6	Aufgaben des Nachlassgerichts (Auswahl)

Straf- und Strafvollstreckungsrecht

Strafrecht – Allgemeiner Teil Lehrveranstaltungsstunden: 48

1	Aufbau der Deliktsprüfung
1.1	Grundsätzliche Aufbauhinweise anhand von Beispielen
1.2	Vertiefung
1.2.1	Objektive Bedingung der Strafbarkeit
1.2.2	Regelbeispiele
1.2.3	Qualifizierte und erfolgsqualifizierte Delikte
1.2.4	Sonstige Prüfungspunkte (Strafantrag u.a.)

2	Täterschaft und Teilnahme
2.1	Formen der Täterschaft
2.2	Anstiftung
2.3	Beihilfe
2.4	Grundsatz der limitierten Akzessorietät
2.5	Abgrenzung Täterschaft zur Teilnahme bzw. der mittelbaren Täterschaft zur Anstiftung
2.6	Besondere persönliche Merkmale (Überblick)

3	Unterlassungsdelikt
3.1	Abgrenzung Tun / Unterlassen
3.2	Echte Unterlassungsdelikte
3.3	Unechte Unterlassungsdelikte nach § 13 StGB
3.3.1	Voraussetzung einer Garantenpflicht
3.3.2	Hypothetische Kausalität; Entsprechungsklausel
3.3.3	Prüfungsschema

4	Fahrlässigkeitsdelikt
4.1	Abgrenzung Vorsatz / Fahrlässigkeit
4.2	Prüfungsaufbau und Einblick in Sonderfälle

5	Versuch
5.1	Prüfungsaufbau
5.2	Tatentschluss
5.3	Unmittelbares Ansetzen
5.4	Rücktritt vom Versuch

6	Irrtum des Täters
6.1	Tatbestandsirrtum
6.2	Sonderfälle des Irrtums (sog. error in persona oder aberratio ictus)
6.3	Erlaubnistatbestandsirrtum
6.4	Verbotsirrtum

7	Konkurrenzen
7.1	Grundsätze
7.2	Unechte Gesetzeskonkurrenz
7.3	Spezialität; Subsidiarität; Konsumtion
7.4	Tateinheit / Tatmehrheit
7.5	Bedeutung und Bearbeitung der Konkurrenzen in Klausur und Praxis

8	Einübung anhand von Fallbeispielen
----------	---

Strafvollstreckungsrecht

Lehrveranstaltungsstunden: 18

1	Einführung in die Strafvollstreckung
1.1	Staatsanwaltschaft als Vollstreckungsbehörde
1.1.1	Sachliche Zuständigkeit
1.1.2	Örtliche Zuständigkeit
1.1.3	Funktionelle Zuständigkeit
1.2	Einwendungen gegen Maßnahmen des Rechtspflegers

2	Vollstreckungsvoraussetzungen
2.1	Vollstreckungsfähige Entscheidung
2.2	Rechtskräftiges Urteil
2.3	Rechtskraftbescheinigung
2.4	Weitere urkundliche Grundlagen
2.5	Vollstreckungsheft
2.6	Vollstreckungshindernisse
2.6.1	Vollstreckungsverjährung
2.6.2	Vollstreckungseinstellung
2.6.3	Strafausstand
2.6.3.1	Strafaufschub
2.6.3.2	Strafunterbrechung
2.6.3.3	Absehen von Vollstreckung bei Auslieferung
2.6.3.4	Zurückstellung der Vollstreckung nach § 35 BtMG
2.6.4	Amnestie
2.6.5	Gnadenerweis
2.6.6	Immunität
2.6.7	Spezialität
2.6.8	Strafaussetzung zur Bewährung

3	Vollstreckung einer Freiheitsstrafe
3.1	Aufnahmeersuchen
3.2	Vorgehen gegen in Freiheit befindliche Verurteilte
3.2.1	Ladung zum Strafantritt
3.2.2	Weiterer Ablauf des Vollstreckungsverfahrens
3.2.2.1	Freiwilliges Stellen
3.2.2.2	Nichtstellen trotz Ladung
3.2.2.3	Flüchtigkeit

3.3	Nicht in Freiheit befindlicher Verurteilter
3.3.1	Untersuchungshaft des Verurteilten
3.3.2	Behördliche Verwahrung des Verurteilten
3.3.3	Untersuchungshaft in anderer Sache
3.3.4	Strafhaft in anderer Sache
3.4	Vollstreckungsreihenfolge mehrerer Freiheits- und Ersatzfreiheitsstrafen

4	Strafzeitberechnung
4.1	Allgemeine Regeln der Strafzeitberechnung
4.2	Strafbeginn
4.3	Anrechnung
4.4	Strafrest nach Unterbrechung
4.5	Gesamtstrafenvollstreckung
4.6	Strafrestaussetzung zur Bewährung
4.6.1	Berechnung der Strafrestaussetzung
4.6.2	Unterbrechungsmodell
4.7	Therapieanrechnung bei Zurückstellung nach BtMG
4.7.1	Grundsätzliches
4.7.2	Berechnungsmethoden
4.7.2.1	Verurteilter vor Zurückstellung nicht in Haft
4.7.2.2	Verurteilter vor Zurückstellung in Haft

5	Vollstreckung von Maßregeln der Besserung und Sicherung
----------	--

6	Vollstreckung der Ersatzfreiheitsstrafe
----------	--

Strafvollzugsrecht

Geschichte des Strafvollzugs Lehrveranstaltungsstunden: 6

1	Reaktionen auf delinquentes Verhalten im Wandel der Zeit
1.1	Staatliche und nichtstaatliche Reaktionsweisen seit der Antike
1.2	Freiheitsentziehung im Mittelalter nach weltlichem und kirchlichem Recht
2	Freiheitsstrafen seit der Mitte des 16. Jahrhunderts
2.1	Entstehung der ersten „modernen“ Gefängnisse
2.2	Entwicklungslinien im 17. und 18. Jahrhundert
3	Reformen und Rückschläge von der Mitte des 18. Jahrhunderts bis 1945
3.1	Gefängnisreformbewegung im anglo-amerikanischen Raum
3.2	Entwicklung in den deutschen Partikularstaaten
3.3	Strafvollzug in Deutschland von 1871 bis 1945
4	Entwicklungen des Strafvollzugs seit 1945
4.1	Dienst- und Vollzugsordnung(en) der Länder
4.2	Bundesstrafvollzugsgesetz und Strafvollzugsgesetze der Länder
4.3	Regelungsansätze auf internationaler Ebene

Strafvollzug und Organisation der Vollzugsverwaltung

Lehrveranstaltungsstunden: 16

1	Stellung des Strafvollzugs im Rechtssystem und im Staat
2	Aufgaben des Strafvollzugs
3	Umsetzung der Aufgaben des Strafvollzugs
4	Gestaltungsgrundsätze des Strafvollzugs, Gestaltungsgrundsatz in der Jugendstrafe (Überblick über das BayStVollzG)
5	Grund- und Menschenrechte im Strafvollzug
6	Stellung der Justizvollzugsanstalt im Behördensystem der Justizverwaltung
6.1	Wahrnehmung von Aufgaben der öffentlichen Verwaltung
6.2	Unterbehörde der landeseigenen Justizverwaltung
6.3	Bayerisches Staatsministerium der Justiz
6.3.1	Oberste Behörde der bayerischen Justizverwaltung
6.3.2	Aufsichtsbehörde
6.4	Verhältnis der Justizvollzugsanstalt zum Bayerischen Staatsministerium der Justiz (Fach- und Rechtsaufsicht)
7	Rechtsgrundlagen der Vollzugsverwaltung
7.1	Qualität der Rechtsgrundlagen an Beispielen vollzugsrechtlicher Vorschriften
7.1.1	Verfassungsrecht
7.1.2	Gesetze
7.1.3	Verordnungen
7.1.4	Verwaltungsvorschriften
7.2	Darstellung der einschlägigen Vorschriften
7.2.1	Allgemeine Vorschriften
7.2.1.1	Strafvollzug

7.2.1.2	Untersuchungshaftvollzug
7.2.1.3	Jugendvollzug
7.2.1.4	Jugendarrestvollzug
7.2.1.5	Ausbildungs- und Prüfungswesen
7.2.2	Besondere Vorschriften für einzelne Arbeitsbereiche
7.2.2.1	Vollzugsdienst (allgemeiner Vollzugsdienst, mittlerer Werkdienst)
7.2.2.2	Fachdienste (Seelsorge, Ärztlicher Dienst, Pädagogischer Dienst, Sozialdienst, Psychologischer Dienst)
7.2.3	Verwaltung
7.2.3.1	Allgemeine Vorschriften
7.2.3.2	Hauptgeschäftsstelle
7.2.3.3	Arbeitsverwaltung
7.2.3.4	Wirtschaftsverwaltung
7.2.3.5	Vollzugsgeschäftsstelle
7.2.3.6	Ein- und Auszahlungsstelle

8	Verwaltungsaufbau einer Justizvollzugsanstalt mit Hinweis auf Geschäftsverteilungsplan, Berufsgruppen, Funktionen
8.1	Anstaltsleitung
8.1.1	Anstaltsleiter/in, Vertreter/in
8.1.2	Abteilungsleiter/in
8.1.3	Vollzugsinspektor/in
8.2	Dienststellen der Justizvollzugsanstalt
8.2.1	Hauptgeschäftsstelle
8.2.2	Vollzugsgeschäftsstelle
8.2.3	Leitung des allgemeinen Vollzugsdienstes
8.2.4	Arbeitsverwaltung
8.2.5	Bauverwaltung
8.2.6	Wirtschaftsverwaltung
8.2.7	Ein- und Auszahlungsstelle
8.3	Allgemeiner Vollzugsdienst
8.3.1	Leitung des allgemeinen Vollzugsdienstes
8.3.2	Station, Abteilung

8.3.3	Torwache
8.3.4	Kammer
8.3.5	Besuch
8.3.6	Poststelle
8.3.7	Wohngruppenvollzug
8.4	Werkdienst
8.4.1	Werkdienstleitung
8.4.2	Leitung der einzelnen Arbeitsbetriebe
8.5	Fachdienste
8.5.1	Seelsorge
8.5.2	Ärztlicher Dienst
8.5.3	Pädagogischer Dienst
8.5.4	Psychologischer Dienst
8.5.5	Sozialdienst
8.6	Vollzug des Datenschutzes und behördlicher Datenschutzbeauftragter nach dem BayDSG
8.7	Behördenaufbau und Organisationsgrundsätze

9	Externe Begleitung des Justizvollzugs
9.1	Ehrenamtliche Mitarbeiter
9.2	Anstaltsbeirat
9.3	Rechtsprechung
9.4	Forschung und kriminologischer Dienst

Gestaltung des Justizvollzugs: Abschnitt 1

Lehrveranstaltungsstunden: 94

1	Arten von Justizvollzugsanstalten
1.1	Anstalten für den Vollzug von Freiheitsstrafen
1.1.1	Geschlossener Vollzug formal
1.1.2	Offener Vollzug formal
1.1.3	Erstvollzug
1.1.4	Regelvollzug
1.1.5	Lange Strafdauer
1.1.6	Kurze Strafdauer
1.1.7	Frauen
1.2	Sozialtherapeutische Anstalt, sozialtherapeutische Abteilungen
1.3	Anstalten für den Vollzug der Sicherungsverwahrung
1.4	Jugendstrafvollzugsanstalten
1.5	Untersuchungshaftanstalten

2	Unterbringung und Versorgung der Gefangenen
2.1	Einleitung
2.2	Unterbringung
2.3	Arten und Einrichtungen der Justizvollzugsanstalten
2.4	Trennung des Vollzuges
2.5	Differenzierung
2.6	Größe und Gestaltung der Anstalten
2.7	Belegungsfähigkeit und Verbot der Überbelegung
2.8	Vollzugsgemeinschaften
2.9	Unterbringung der Gefangenen
2.10	Arbeit und Freizeit
2.11	Ruhezeit
2.12	Größe und Ausgestaltung der Räume
2.13	Ausstattung des Hafttraumes durch den Gefangenen und persönlicher Besitz

2.13.1	Allgemeines und Sonderregelungen
2.13.2	Lichtbilder und Erinnerungsstücke
2.13.3	Religiöse Schriften
2.13.4	Gegenstände religiösen Gebrauchs
2.13.5	Zeitungen und Zeitschriften
2.13.6	Radio und Fernsehen
2.13.7	Bücher, Fortbildung und Freizeitbeschäftigung
2.13.7.1	Eigene Sachen
2.13.7.2	Ausschlussmöglichkeiten
2.13.7.3	Prüfungsschema zur Aushändigung von Gegenständen
2.14	Kleidung und Verpflegung sowie Einkauf

3	Verschiedene Arten und Zwecke der Freiheitsentziehung
3.1	Begriff der Freiheit
3.2	Zwecke des Freiheitsentzugs
3.2.1	Strafverfolgung
3.2.1.1	Vorläufige Festnahme
3.2.1.2	Untersuchungshaft
3.2.1.3	Einstweilige Unterbringung gemäß § 126 a StPO
3.2.1.4	Unterbringung zur Beobachtung
3.2.1.5	Unterbringung nach § 73 JGG
3.2.1.6	Haft zur Sicherung der Hauptverhandlung
3.2.1.7	Auslieferungshaft
3.2.2	Strafvollstreckung
3.2.2.1	Sicherungshaft gemäß § 453 c StPO
3.2.2.2	Vollstreckungshaftbefehl gemäß § 457 StPO
3.2.2.3	Freiheitsstrafe
3.2.2.4	Ersatzfreiheitsstrafe
3.2.2.5	Maßregeln der Besserung und Sicherung
3.2.2.6	Strafarrest gemäß § 9 WStG
3.2.2.7	Jugendarrest
3.2.2.8	Jugendstrafe
3.2.3	Freiheitsentzug für sonstige Zwecke
3.2.3.1	Fürsorgeerziehung

3.2.3.2	Unterbringung eines Kindes nach § 1631 b BGB
3.2.3.3	Abschiebungshaft
3.2.3.4	Unterbringung psychisch Kranker
3.2.3.5	Ordnungshaft
3.2.3.6	Sicherungshaft nach ZPO
3.2.3.7	Zwangs- und Erzwingungshaft
3.2.3.8	Absonderung nach BSeuchG

4	Bedeutung und Funktion des Vollzugs- und Behandlungsplanes
4.1	Abgrenzung zwischen Vollstreckungsplan, Vollzugsplan und Behandlungsplan
4.2	Vollzugsplan
4.2.1	Funktion als Orientierungsrahmen für Gefangene und an der Behandlung Beteiligte
4.2.2	Inhalt
4.2.3	Rechtsqualität, Fortschreibung, Einsichtnahme
4.3	Behandlungsplan; Behandlungsuntersuchung

5	Verlegung und Überstellung von Gefangenen
5.1	Verlegung aus Behandlungsgründen
5.2	Verlegung aus Gründen der Vollzugsorganisation oder aus anderen wichtigen Gründen
5.3	Verlegung aus Sicherheitsgründen
5.4	Verlegung aus Gründen der Krankenpflege
5.5	Überstellung

6	Arbeit, Aus- und Weiterbildung, Bezüge der Gefangenen
6.1	Einleitung
6.1.1	Arbeit als Resozialisierung
6.1.2	Gesetzessystematik
6.1.2.1	Rechtsgrundlage und Inkrafttreten
6.1.2.2	Gleichrangigkeit von Arbeit und Fortbildung
6.2	Zuweisungs- und Gestaltungsgrundsätze
6.2.1	Zuweisung
6.2.1.1	Zielbestimmung
6.2.1.2	Wirtschaftlich ergiebige Arbeit

6.2.1.3	Berufliche Förderung und Unterricht
6.2.1.4	Angemessene Beschäftigung
6.2.1.5	Arbeitstherapeutische Beschäftigung
6.3	Freies Beschäftigungsverhältnis
6.4	Selbstbeschäftigung
6.5	Arbeitspflicht
6.5.1	Umfang der Arbeitspflicht
6.5.2	Hilfstätigkeit in der Anstalt
6.5.3	Zustimmungserfordernis
6.6	Freistellung von der Arbeitspflicht
6.7	Bezüge der Gefangenen
6.7.1	Vorbemerkung
6.7.2	Arbeitsentgelt
6.7.2.1	Monetäre Anerkennung
6.7.2.2	Nicht-monetäre Anerkennung
6.7.3	Ausbildungsbeihilfe
6.7.4	Taschengeld
6.8	Verwendung der Bezüge
6.8.1	Überblick
6.8.2	Hausgeld
6.8.3	Überbrückungsgeld
6.8.4	Haftkostenbeitrag
6.8.5	Eigengeld
6.8.6	Sozialversicherung

7	Freizeit der Gefangenen
7.1	Gestaltung der Freizeit
7.1.1	Funktionen der Freizeitgestaltung
7.1.2	Arten der Freizeitgestaltung
7.2	Informationsfreiheit
7.2.1	Zeitungen und Zeitschriften
7.2.2	Hörfunk und Fernsehen
7.3	Besitz von Gegenständen zur Freizeitbeschäftigung

8	Vollzugslockerungen, Urlaub und Vorverlegung des Entlassungszeitpunktes
----------	--

8.1	Offener und geschlossener Vollzug materiell
8.2	Vollzugslockerungen
8.2.1	Begriff
8.2.2	Flucht- und Missbrauchsgefahr, Ermessen
8.2.3	Weisungen und Auflagen
8.3	Urlaub aus der Haft
8.4	Aufhebung von Vollzugslockerungen und Urlaub
8.5	Ausführung und Sonderausgang
8.6	Entlassungszeitpunkt

9	Verkehr mit der Außenwelt
9.1	Besuch
9.2	Schriftverkehr
9.3	Telefonat, Telegramm, Fax o.ä.
9.4	Paket

10	Ordnungs- und Kontrollfunktionen
10.1	Begriff „Sicherheit und Ordnung“
10.2	Überblick: Allgemeine Sicherungsmaßnahmen
10.3	Allgemeine Berufspflichten
10.4	Nachtdienst
10.5	Eingriffsbefugnisse
10.6	Verhaltensvorschriften
10.7	Hausordnung
10.8	Allgemeine Sicherungsmaßnahmen
10.8.1	Durchsuchung
10.8.1.1	Gefangene
10.8.1.2	Habe
10.8.1.3	Haftraum, persönlicher Besitz
10.8.2	Sichere Unterbringung
10.8.3	Erkennungsdienstliche Maßnahmen
10.8.4	Festnahmerecht
10.9	Persönlicher Gewahrsam, Eigengeld
10.10	Aufwendungsersatz
10.11	Besondere Sicherungsmaßnahmen
10.11.1	Bedeutung

10.11.2	Maßnahmenkatalog
10.11.3	Durchführungsregelungen

11	Unmittelbarer Zwang
11.1	Bedeutung
11.2	Durchführung
11.3	Schusswaffengebrauch
11.4	Zwangsmaßnahmen auf dem Gebiet der Gesundheitsfürsorge

12	Disziplinarmaßnahmen
12.1	Voraussetzungen
12.2	Maßnahmenkatalog
12.3	Verfahren
12.4	Vollzug

13	Rechtswege und Rechtsbehelfe im Strafvollzug
13.1	Außergerichtliche Rechtsbehelfe
13.1.1	Beschwerden an den Anstaltsleiter
13.1.2	Beschwerden an einen Vertreter der Aufsichtsbehörde
13.1.3	Dienstaufsichtsbeschwerden
13.1.4	Petitionen und Eingaben an Volksvertretungen
13.1.5	Eingaben an die europäische Kommission für Menschenrechte
13.2	Gerichtliche Rechtsbehelfe
13.2.1	Antrag auf gerichtliche Entscheidung
13.2.2	Rechtsbeschwerde
13.2.3	Hinweis auf die Verfassungsbeschwerde

Öffentliches Recht

Verfassungsrecht - Verfassungsorgane

Lehrveranstaltungsstunden: 36

1	Einführung und Überblick über das Grundgesetz
2	Verfassungsorgane der Bundesrepublik Deutschland
2.1	Übersicht
2.2	Bundestag
2.2.1	Wahl
2.2.2	Aufgaben und Funktionen
2.2.3	Beschlussfassung und Mehrheiten
2.2.4	Fraktionen
2.2.5	Ausschüsse
2.2.6	Rechtsstellung der Bundestagsabgeordneten
2.2.7	Ende des gewählten Bundestages
2.3	Bundesrat
2.3.1	Wesen und Aufgaben
2.3.2	Zusammensetzung und Geschäftsgang
2.4	Bundespräsident und Bundesversammlung
2.4.1	Stellung des Bundespräsidenten
2.4.2	Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung
2.4.3	Wichtige Befugnisse des Bundespräsidenten
2.5	Bundesregierung
2.5.1	Wesen, Aufgaben und Stellung
2.5.2	Bildung und Abberufung der Regierung
2.5.3	Organisation und Geschäftsgang
2.6	Bundesverfassungsgericht
2.6.1	Wesen und Bildung (Richterwahl)
2.6.2	Wichtige Verfahrensarten
2.6.3	Wirkungen der Entscheidungen

3	Verfassungsorgane des Freistaates Bayern
3.1	Landtag
3.2	Staatsregierung
3.3	Verfassungsgerichtshof

4	Politische Parteien – Wesen, Aufgaben und Organisation
----------	---

5	Gesetzgebung
5.1	Gesetzgebung des Bundes
5.2	Gesetzgebungskompetenz
5.3	Gesetzgebungsverfahren
5.4	Gesetzgebung in Bayern

Staatsorganisationsrecht

Lehrveranstaltungsstunden: 12

1	Grundzüge der allgemeinen Staatslehre
1.1	Begriff und wesentliche Merkmale des Staates
1.2	Staat und Gesellschaft
1.3	Staatsaufgaben

2	Organisationsteil des Grundgesetzes
2.1	Der Bundestag
2.1.1	Wahl
2.1.2	Aufgaben und Funktionen
2.1.3	Beschlussfassung und Mehrheiten
2.1.4	Fraktionen
2.1.5	Ausschüsse
2.1.6	Rechtsstellung der Bundestagsabgeordneten
2.1.7	Ende des gewählten Bundestages
2.2	Der Bundesrat
2.2.1	Wesen und Aufgaben
2.2.2	Zusammensetzung und Geschäftsgang
2.3	Bundespräsident und Bundesversammlung
2.3.1	Stellung des Bundespräsidenten
2.3.2	Wichtige Befugnisse des Bundespräsidenten
2.4	Die Bundesregierung
2.4.1	Wesen, Aufgaben und Stellung
2.4.2	Bildung und Abberufung der Regierung
2.4.3	Organisation und Geschäftsgang
2.5	Das Bundesverfassungsgericht
2.5.1	Wesen und Bildung (Richterwahl)
2.5.2	Wichtige Verfahrensarten
2.5.3	Wirkungen der Entscheidungen

Verfassungsrecht - Grundrechte

Lehrveranstaltungsstunden: 36

1	Einführung
2	Grundbegriffe
2.1	Überblick
2.2	Funktionen der Grundrechte
2.3	Grundrechtsfähigkeit und Grundrechtsmündigkeit
2.4	Grundrechtsbindung
3	Rechtsschutz bei Grundrechtsverletzungen
3.1	Verfassungsbeschwerde nach Bundesrecht
3.2	Verfassungsbeschwerde und Popularklage in Bayern
4	Freiheitsrechte
4.1	Prüfungsformel für die Grundrechtsverletzung
4.2	Relevanz des Themas für den Justizvollzug
4.3	Schutz der Menschenwürde
4.4	Allgemeines Persönlichkeitsrecht
4.5	Allgemeine Handlungsfreiheit
4.6	Freiheit der Person
4.7	Glaubens und Gewissensfreiheit
4.8	Kommunikationsgrundrechte
4.9	Schutz von Ehe und Familie
4.10	Vereinigungsfreiheit
4.11	Berufsfreiheit
4.12	Eigentumsschutz
5	Gleichheitsrechte (Einblick)
5.1	Allgemeiner Gleichheitssatz
5.2	Besondere Gleichheitssätze

Verwaltungsrecht

Lehrveranstaltungsstunden: 24

1	Öffentliche Verwaltung
1.1	Begriff
1.2	Träger der öffentlichen Verwaltung
1.2.1	Unmittelbare und mittelbare Staatsverwaltung
1.2.2	Grundlegende Organisationsformen

2	Grundzüge des Verwaltungsrechts
2.1	Rechtsgrundlagen
2.1.1	Abgrenzung öffentliches Recht – Privatrecht
2.1.2	Arten des Verwaltungshandelns
2.1.3	Rechtsnormen und Normenhierarchie
2.1.3.1	Gesetz
2.1.3.2	Verordnung
2.1.3.3	Satzung und Verwaltungsvorschrift
2.2	Gesetzmäßigkeit der Verwaltung
2.2.1	Vorrang des Gesetzes
2.2.2	Vorbehalt des Gesetzes
2.2.3	Freiräume des Verwaltungshandelns
2.2.3.1	Unbestimmter Rechtsbegriff
2.2.3.2	Ermessen
2.2.4	Grundsatz der Verhältnismäßigkeit als Beschränkung des Verwaltungshandelns

3	Verwaltungsakt als Grundform des Verwaltungshandelns
3.1	Begriff und Funktion
3.2	Merkmale des Verwaltungsaktes
3.3	Rechtmäßigkeit des Verwaltungsaktes
3.3.1	Ermächtigungsgrundlage
3.3.2	Formelle Rechtmäßigkeit
3.3.2.1	Zuständigkeit
3.3.2.2	Verfahrensweise
3.3.2.3	Form
3.3.3	Materielle Rechtmäßigkeit
3.3.3.1	Ermächtigungsgrundlage
3.3.3.2	Subsumtion und Beurteilungsspielraum

3.3.3.3	Bestimmtheit
3.3.3.4	Verhältnismäßigkeit
3.3.3.5	Rechtsfolgen
3.3.3.6	Ermessensgebrauch
3.4	Fehlerfolgen
3.4.1	Nichtigkeit und Heilung
3.4.2	Unbeachtlichkeit
3.4.3	Aufhebbarkeit
3.5	Bekanntmachung
3.6	Durchsetzung von Verwaltungsakten (Verwaltungsvollstreckung)
3.7	Nebenbestimmungen zu Verwaltungsakten (Bedingung, Befristung)
3.8	Rücknahme und Widerruf eines Verwaltungsaktes

4	Gerichtliches Vorgehen gegen einen Verwaltungsakt
4.1	Verwaltungsrecht als Recht des Bürgers gegenüber der Verwaltung
4.2	Aufbauschema zur Zulässigkeit von Anfechtungs- und Verpflichtungsklage
4.3	Begründetheit der Klage
4.4	Widerspruchsverfahren
4.5	Einstweiliger Rechtsschutz

Recht des öffentlichen Dienstes: Abschnitt 1

Lehrveranstaltungsstunden: 84

1	Begriff des öffentlichen Dienstes, seine Bedeutung und Aufgabenstellung im demokratischen und sozialen Rechtsstaat im Unterschied zur Privatwirtschaft
----------	---

2	Angehörige des öffentlichen Dienstes
2.1	Bedienstete aufgrund von öffentlich-rechtlichem Dienst- und Treueverhältnis
2.1.1	Zustandekommen des öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnisses durch Verwaltungsakt
2.1.2	Beteiligte: Dienstherr und Beamte, Richter, Soldaten
2.2	Bedienstete aufgrund privatrechtlicher Dienstverhältnisse
2.2.1	Zustandekommen des privatrechtlichen Dienstverhältnisses durch Abschluss eines Arbeitsvertrages
2.2.2	Beteiligte: Dienstherr (Arbeitgeber) und Beschäftigte

3	Begriff des öffentlichen Dienstrechts
3.1	Öffentliches Dienstrecht im weiteren Sinne als Personalhoheitsrecht einer öffentlich-rechtlichen juristischen Person
3.2	Öffentliches Dienstrecht im engeren Sinne als Sonderrecht der Beamten und Beschäftigten des öffentlichen Dienstes

4	Wichtigste Rechtsquellen des öffentlichen Dienstes im engeren Sinne
4.1	Beamte (Bundesrecht, Landesrecht, Kompetenzabgrenzung)
4.2	Beschäftigte (Tarifvertrag der Länder)

5	Geschichte des öffentlichen Dienstes
----------	---

6	Öffentlicher Dienst im Grundgesetz
6.1	Prinzipien für den gesamten öffentlichen Dienst
6.1.1	Gleichheitsprinzip (Art. 33 II, III, 36 I GG)
6.1.2	Einigungs-, Befähigungs- und fachliches Leistungsprinzip
6.1.3	Neutralitätsprinzip (Art. 137 I GG)

6.1.4	Amtshaftung (Art. 34 GG)
6.2	Prinzipien für die Beamten
6.2.1	Berücksichtigung der hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums (Art. 33 V GG)
6.2.2	Funktionsvorbehalt des Art. 33 IV GG
6.2.3	Besondere Betonung des Neutralitätsprinzips (Art. 33 III, V GG)
6.2.4	Öffentlich-rechtliches Dienst- und Treueverhältnis
6.3	Beamtenverhältnis und seine Grundrechtseinschränkungen

7	Wesentliche Pflichten und Rechte der Beamten
7.1	Allgemeine Pflichten der Beamten
7.1.1	Treuepflicht und Neutralitätspflicht
7.1.2	Schranken politischer Betätigung
7.1.3	Diensteid
7.1.4	Amtspflichten
7.1.5	Dienstleistungspflicht und Pflicht zur Uneigennützigkeit
7.1.6	Gehorsamspflicht
7.1.7	Pflicht zur Amtsverschwiegenheit
7.1.8	Pflicht zum Tragen von Dienstkleidung
7.1.9	Außerdienstliche Pflichten/Achtungswürdiges Verhalten
7.1.10	Residenzpflicht
7.2	Allgemeine Rechte der Beamten
7.2.1	Anspruch auf Fürsorge, Schutz und dessen Geltendmachung
7.2.2	Vermögensrechtliche Ansprüche; Anspruch auf angemessene Alimentation und dessen Geltendmachung
7.2.3	Recht auf
7.2.3.1	Amtsausübung
7.2.3.2	Amtsbezeichnung
7.2.3.3	Politische und gewerkschaftliche Betätigung

8	Wesen und Voraussetzungen der Begründung des Beamtenverhältnisses
8.1	Klärung des Beamtenbegriffs
8.1.1	Staatsrechtlich (Art. 94 I BV)

8.1.2	Haftungsrechtlich (Art. 34 GG, 97 BV, § 839 BGB)
8.1.3	Strafrechtlich (§ 11 I StGB)
8.2	Begriff des Amtes
8.2.1	im statusrechtlichen Sinn
8.2.2	im funktionellen Sinn
8.3	Dienstherrnfähigkeit und Organe des Dienstherrn
8.3.1	Dienstherr
8.3.2	Oberste Dienstbehörde
8.3.3	Dienstvorgesetzter
8.3.4	Vorgesetzter

9	Arten der Beamtenverhältnisse
9.1	Unterscheidung nach dem Dienstherrn
9.2	Unterscheidung nach der Dauer des Beamtenverhältnisses
9.3	Unterscheidung nach der Laufbahn
9.4	Unterscheidung nach der fachlichen Qualifikation

10	Ernennung, Begriff und Rechtsnatur
10.1	Ernennungszuständigkeit
10.1.1	Zuständigkeit für Staatsbeamte und sonstige Beamte
10.1.2	Weitere Zuständigkeiten der Ernennungsbehörde (Entlassung, Ruhestandsversetzung, laufbahnrechtliche Zuständigkeiten)
10.2	Form, Wirksamwerden, Formmängel, Nichtigkeit und Rücknahme der Ernennung
10.3	Begründung bzw. Veränderung des Beamtenverhältnisses durch Ernennung
10.4	Sachliche und persönliche Voraussetzungen für die einzelnen Ernennungen einschließlich der Rechtsfolgen fehlerhafter Ernennungen
10.5	Berufung in das Beamtenverhältnis
10.6	Ernennung auf Lebenszeit
10.7	Beförderung
10.8	Aufgaben des Landespersonalausschusses

11	Abordnung, Versetzung, Umsetzung, Zuweisung
-----------	--

12	Laufbahnrecht
12.1	Laufbahnprinzip; Leistungslaufbahn einschl. Fachlaufbahnen und fachlichen Schwerpunkten
12.2	Vorbildung
12.3	Auswahl der Bewerber / Befähigung
12.4	Vorbereitungsdienst
12.5	Probezeit
12.6	Wechsel (innerhalb der Fachlaufbahn; in eine andere Fachlaufbahn; Mobilität)

13	Besondere Rechte der Beamten
13.1	Teilzeitbeschäftigung und Beurlaubung einschl. der laufbahnrechtlichen Auswirkungen
13.2	Mutterschutz nach der UrlMV und MuSchG
13.3	Urlaub, insbesondere Elternzeit einschließlich der laufbahnrechtlichen Auswirkungen
13.4	Personalaktenrecht (Führung, Einsicht und Anhörung)
13.5	Ausübung von Nebentätigkeiten (Art. 81, 82 BayBG i.V.m. BayNV)

14	Rechtsschutz in beamtenrechtlichen Angelegenheiten
14.1	Antrags- und Beschwerderecht; einschließlich verwaltungsmäßiger Behandlung
14.2	Petitionsrecht (Art. 17 GG, 115 BV)
14.3	Beschwerden an die Personalvertretung
14.4	Förmliche Rechtsbehelfe

15	Dienstliche Beurteilung
15.1	Sinn und Zweck (Leistungsprinzip Art. 33 II GG, Art 116 BV)
15.2	Zuständigkeit
15.3	Arten
15.3.1	Probezeitbeurteilung und Einschätzung während der Probezeit
15.3.2	Periodische Beurteilung
15.3.3	Zwischenbeurteilung
15.3.4	Anlassbeurteilung
15.4	Beurteilungsrichtlinien (formell, materiell)
15.5	Eröffnung und Überprüfung

15.6	Einwendungen mit Hinweis auf Widerspruch und Möglichkeit der Klage
------	--

16	Beendigung des Beamtenverhältnisses und Beendigungsgründe
16.1	Entlassung
16.1.1	kraft Gesetzes
16.1.2	Entlassung durch Verwaltungsakt
16.1.2.1	nach zwingenden gesetzlichen Vorschriften
16.1.2.2	nach Ermessensvorschriften
16.1.2.3	auf Antrag des Beamten
16.2	Verlust der Beamtenrechte
16.3	Entfernung aus dem Dienst mit Hinweis auf das BayDG
16.4	Eintritt in den Ruhestand
16.4.1	kraft Gesetzes
16.4.2	Versetzung durch Verwaltungsakt
16.4.2.1	nach Ermessensvorschriften
16.4.2.2	auf Antrag des Beamten
16.4.3	Reaktivierung
16.5	Begrenzte Dienstfähigkeit

17	Beamtenrechtliche Haftung
17.1	Unmittelbare Schädigung des Dienstherrn (Eigenschaden) insbesondere Kraftfahrzeughaftungsrecht
17.2	Mittelbare Schädigung des Dienstherrn (Fremdschaden)
17.3	Realisierung der Haftung und Möglichkeiten der Geltendmachung der Ansprüche des Dienstherrn

18	Wesentliche Bestimmungen des Disziplinarrechts
18.1	Rechtsgrundlagen für die Verfolgung von Dienstvergehen, materielles Disziplinarrecht und Begriff des Dienstvergehens
18.2	Einzelne Disziplinarmaßnahmen einschließlich Verwerbungsverbot (Art. 6-14, 17 BayDG)
18.3	Vorläufige Maßnahmen beim Verdacht eines Dienstvergehens (Art. 39 ff BayDG)

18.4	Formelles Disziplinarrecht: Zuständigkeit zur Ausübung von Disziplinarbefugnissen (Art. 18, 35 BayDG)
18.5	Disziplinarverfahren (einschl. Hinweis auf ein gerichtliches Verfahren); behördliches Verfahren
18.5.1	Rechtliches Gehör
18.5.2	Einstellungsverfügung
18.5.3	Disziplinarverfügung
18.5.4	Disziplinarklage, gerichtliches Verfahren, Disziplinarmaßnahmen, Tilgung
18.6	Weitere Rechtsfolgen und Maßnahmen bei Verletzung beamtenrechtlicher Pflichten
18.6.1	Vermögensrechtliche Nachteile außerhalb eines Disziplinarverfahrens (Verbot des Führens der Dienstgeschäfte; Verlust der Dienstbezüge)
18.6.2	Personelle Maßnahmen (z.B. Umsetzung, Versetzung)

Personalvertretungsrecht

Lehrveranstaltungsstunden: 15

1	Geschichte und Entwicklung des Personalvertretungsrechts
----------	---

2	Begriff des Personalvertretungsrechts
2.1	Abgrenzung zum öffentlichen Recht
2.2	Repräsentant der Dienstgemeinschaft
2.3	Auswirkung von Verfehlungen

3	Bildung von Personalvertretungen
3.1	Voraussetzungen zur Bildung von Personalräten
3.2	Arten von Personalräten: örtlicher Personalrat, Stufenvertretungen, Gesamtpersonalrat, Sondervertretungen

4	Aufgaben der Personalvertretung
4.1	Vorbereitung der Wahlen durch Bestellen des Wahlvorstands
4.2	Monatsgespräch mit Dienststellenleiter
4.3	Allgemeine Aufgaben (z.B. Einhalten der Friedenspflicht)
4.4	Anhörungsrecht nach Art. 76 II, 77 III S. 1 BayPVG
4.5	Mitwirkung bei sozialen, persönlichen und organisatorischen Angelegenheiten
4.6	Initiativrecht
4.7	Mitbestimmung
4.8	Anhörungsrechte
4.9	Beratungsrechte
4.10	Teilnahmerechte
4.11	Unterrichtungsrechte

5	Rechtsstellung von Personalräten
5.1	Ehrenamt
5.2	Dienstbefreiung
5.3	Freistellung von dienstlicher Tätigkeit überhaupt
5.4	Teilnahme an Schulungs- und Bildungsveranstaltungen
5.5	Schutz vor Beeinträchtigung
5.6	Kündigungsschutz und Schutz vor Versetzungen und Abordnungen

5.7	Schweigepflicht
5.8	Unfallfürsorge
5.9	Kosten, Geschäftsbedarf, Anschläge

6	Zusammenarbeit Personalrat – Dienststelle
6.1	Generalklausel der vertrauensvollen Zusammenarbeit
6.2	Friedenspflicht
6.3	Anrufung äußerstehender Stellen
6.4	Behinderungs-, Benachteiligungs-, und Begünstigungsverbot von Personalräten

7	Rolle der Gewerkschaften
----------	---------------------------------

8	Beschäftigtenbegriff des Art. 4 BayPVG
----------	---

9	Gruppenprinzip
----------	-----------------------

10	Amtszeit
-----------	-----------------

11	Vorzeitige Neuwahl
-----------	---------------------------

12	Ausschluss aus dem Personalrat
-----------	---------------------------------------

13	Erlöschen der Mitgliedschaft
-----------	-------------------------------------

14	Geschäftsführung
-----------	-------------------------

15	Personalratssitzungen
15.1	Einberufung, Antrag auf Einberufung
15.2	Teilnehmer
15.3	Nichtöffentlichkeit
15.4	Beschlussfassung
15.5	Niederschrift

16	Sprechstunde
-----------	---------------------

17	Personalversammlungen
17.1	Zweck
17.2	Nichtöffentlichkeit
17.3	Teilnahmeberechtigung
17.4	Ordentliche und außerordentliche Versammlungen

18	Monatsgespräch
-----------	-----------------------

19	Beteiligungsverfahren
19.1	Arten
19.2	Zuständigkeit
19.3	Verfahren bei Mitbestimmungsangelegenheiten inkl. Verfahren vor der Einigungsstelle
19.4	Maßnahmenkatalog des Art. 75 Abs. I BayPVG
19.5	Katalog für die Zustimmungsverweigerung
19.6	Mitbestimmung in sozialen Angelegenheiten nach 75 Abs. III und IV BayPVG
19.7	Beteiligung in organisatorischen Angelegenheiten
19.8	Mitwirkung in Personal-, Sozial- und Organisationsangelegenheiten
19.9	Ausnahmen von der Beteiligung des Personalrats
19.10	Dienstvereinbarungen
19.11	Verschlusssachen

20	Personalratswahl
20.1	Wahlvorstand (Bestellung, Aufgaben, Schutz)
20.2	Bekanntgabe des Wahlvorstands
20.3	Feststellen der Beschäftigtenzahl
20.4	Wählerverzeichnis
20.5	Wählbarkeit
20.6	Vorabstimmungen
20.7	Ermittlung der zu wählenden Personalratsmitglieder
20.8	Erlass des Wahlausschreibens
20.9	Einreichen von Wahlvorschlägen
20.10	Bekanntgabe der Wahlvorschläge
20.11	Erstellen der Stimmzettel
20.12	Grundsätze des Wahlverfahrens
20.12.1	Verhältniswahl/gemeinsame Wahl/Personenwahl
20.12.2	Schriftliche und persönliche Wahl
20.12.3	Feststellung des Wahlergebnisses

20.12.4	Bekanntgabe des Wahlergebnisses
20.12.5	Einberufen der konstituierenden Sitzung nach der Wahl
20.12.6	Wahlanfechtung

Europarecht Lehrveranstaltungsstunden: 12
--

1	Wesen und Entwicklung der EU
1.1	Rechtsnatur
1.2	Aufbau
1.3	Organe
1.4	Verhältnis zu den Mitgliedstaaten
1.5	Übertragung von Hoheitsrechten
1.6	EU-Gesetzgebungsverfahren

2	Einwirkungen des Unionsrechts
2.1	Rechtsquellen des Unionsrechts (Verordnung, Richtlinie, Beschlüsse)
2.2	Zuständigkeiten der Union
2.3	Anwendungsvorrang unmittelbar geltenden Unionsrechts
2.4	„Effet utile“ der Union
2.5	Rechtsschutz
2.6	Praktische Anwendungsbeispiele aus der Rechtsprechung
2.7	Europarechtliche Pflichten des Beamten

Kriminologie, Psychologie und Sozialwissenschaften

Kriminologie

Lehrveranstaltungsstunden: 21

1	Definition, Ziele, Bereiche
2	Grundlagen und geschichtliche Hintergründe
3	Theorien zur Erklärung individuellen Verhaltens
4	Theorien zur Erklärung staatlichen Handelns
5	Weitere kriminologische Ansätze
6	Kriminalitätsstatistiken, Kriminologische Phänomene, Strafjustiz
7	Angewandte Kriminologie
8	Viktimologie

Einführung in die Psychologie

Lehrveranstaltungsstunden: 12

1	Einführung in die Psychologie
1.1	Psychologie als Wissenschaft
1.2	Grundlagenfächer
1.3	Teildisziplin und Abgrenzung zu Nachbarfächern

2	Grundlagen und Grundfunktionen psychischer Prozesse
2.1	Wahrnehmung, Lernen, Gedächtnis, Emotion
2.2	Psychologische Grundrichtungen
2.2.1	Tiefenpsychologie
2.2.2	Experimentelle Psychologie
2.2.3	Kognitionspsychologie
2.3	Methoden
2.3.1	Befragung
2.3.2	Beobachtung
2.3.3	Diagnostik
2.3.4	Aktenanalyse
2.3.5	Experiment

3	Anwendungsgebiete
3.1	Klinische Psychologie
3.2	Pädagogische Psychologie
3.3	Arbeits- und Organisationspsychologie
3.4	Rechtspsychologie

Entwicklungspsychologie

Lehrveranstaltungsstunden: 18

1	Einführung
1.1	Aufgaben der traditionellen Entwicklungspsychologie
1.2	Anlage-Umwelt Kontroverse
1.3	Methoden entwicklungspsychologischer Forschung
1.4	Moderner Entwicklungsbegriff

2	Moderne Modellvorstellungen für die Erklärung von Entwicklung und Lerntheorien
----------	---

3	Sozialisation
3.1	Grundlagen
3.2	Familie als Sozialisationsfeld
3.3	Bindungstheorien
3.4	Schichttheorie und Entwicklung

4	Moralentwicklung
4.1	Entwicklungspsychologische Erkenntnisse der Moralforschung
4.2	Moralisches Handeln

5	Persönlichkeitsentwicklung
5.1	Erikson: Konzept der Entwicklungskrisen
5.2	Havinghurst: Konzept der Entwicklungsaufgaben
5.3	Identitätsentwicklung

6	Entwicklungsstörungen
6.1	Störung des Sozialverhaltens
6.2	Störung der Aufmerksamkeit und Hyperaktivität
6.3	Risikofaktoren für Entwicklungsstörungen

7	Jugenddelinquenz
7.1	Theorien zur Entstehung aggressiven Verhaltens
7.2	Risikofaktoren für Jugenddelinquenz

8	Erwachsenensozialisation – Möglichkeiten und Grenzen des Justizvollzugs
----------	--

Klinische Psychologie: Abschnitt 1

Lehrveranstaltungsstunden: 12

1	Grundlagen der Klinischen Psychologie
1.1	Definitionen
1.2	Krankheitsmodelle
1.3	Merkmalsbereiche psychischer Störungen
2	Diagnostik und Klassifikation psychischer Störungen
2.1	Kennzeichen der Klassifikation psychischer Störungen
2.2	Klassifikationssysteme: ICD-10 und DSM-IV (TR)
3	Demenzen
4	Alkohol- und Drogenabhängigkeit
5	Schizophrenien
6	Affektive Störungen
7	Neurotische, Belastungs- und somatoforme Störungen
8	Persönlichkeitsstörungen
9	Abnorme Gewohnheiten und Störungen der Impulskontrolle
10	Paraphilien – Störungen der Sexualpräferenz
11	Intelligenzminderung
12	Psychische Störungen und Begutachtung der Schuldfähigkeit

Klinische Psychologie: Abschnitt 2

Lehrveranstaltungsstunden: 12

1	Anknüpfungspunkte
----------	--------------------------

2	Menschenbild
2.1	Psychologische Konstrukte für häufig bei Straftätern defizitäre Fertigkeiten
2.1.1	Verhalten
2.1.2	Disposition
2.1.3	Kognition
2.1.4	Emotion
2.1.5	Motivation
2.1.6	Verarbeitungsebenen
2.2	Kriminalitätstheorien (Überblick mit Beispielen)
2.2.1	Individuelle Kriminalitätstheorie
2.2.2	Ursachen der Delinquenz
2.2.3	Delikthypothese als Grundlage von Kriminaltherapie
2.3	Kriminalität und psychische Störungen
2.3.1	Zusammenhänge/Überschneidungen/Unterschiede
2.3.2	Forensik, Regelvollzug, Sozialtherapie, Therapie statt Strafe
2.4	Ableitbare Anregungen für den praktischen Umgang mit Gefangenen für nicht-psychologische Mitarbeiter im Justizvollzug

3	Psychologische Behandlung
3.1	Formen psychologischer Behandlung
3.1.1	Begriffe: Beratung, Betreuung, Training, Therapie
3.1.2	Behandelnder (Diplom, Master of Science, psychologischer Psychotherapeut)
3.2	Therapeutisches Milieu: Prinzipien, Merkmale, Ausgestaltungsmöglichkeiten
3.3	Psychotherapie und Kriminaltherapie

3.3.1	Charakterisierung / Begriff / Grobkonzept
3.3.2	Fragestellungen und beispielhafte Ergebnisse empirischer Therapieforschung
3.4	Wirkfaktoren psychologischer Behandlung
3.5	Therapierichtungen (Tiefenpsychologie, Verhaltenstherapie, kognitiv-behaviorale Therapie, humanistische Ansätze) und Psychologische Therapie (i.S.v. „state of the art“: Pragmatischer Eklektizismus)
3.6	Schlaglichter: Compliance, (Therapie-) Motivation, Veränderung
3.7	Ableitbare Anregungen für den praktischen Umgang mit Gefangenen für nicht-psychologische Mitarbeiter im Justizvollzug

4	Sozialtherapie
4.1	Konzept (Integrative Sozialtherapie) und Mindestanforderungen
4.2	Indikation aus theoretischer und praktischer Sicht
4.3	Praxis am Beispiel – Therapieprogramm der JVA Erlangen: Sozialtherapie für schwere Gewaltstraftäter
4.4	Ableitbare Anregungen für den praktischen Umgang mit Gefangenen für nicht-psychologische Mitarbeiter im Justizvollzug

Organisationspsychologie: Abschnitt 1

Lehrveranstaltungsstunden: 12

1	Definition und Abgrenzung der Organisationspsychologie
1.1	Arbeits- und Organisationspsychologie als Anwendungsfach / Aufgabengebiete
1.2	Gesellschaftspolitische und organisationale Veränderungen / Wertewandel

2	Organisationale Ebene
2.1	Was ist (k)eine Organisation?
2.1.1	Menschenbildannahmen und Organisationsmetaphern
2.1.2	Fragen der Gerechtigkeit, Gestaltung und psychologischen Wirksamkeit
2.2	Organisationskultur und Organisationsklima
2.3	Bedingung erfolgreicher Organisationsentwicklung

3	Interindividuelle Ebene
3.1	Führung
3.1.1	Führungspersönlichkeit und Führungseigenschaften
3.1.2	Führung und Macht
3.2	Gruppen und Gruppenarbeit
3.2.1	Bedingungsfaktoren für den Erfolg
3.2.2	Entscheidungen in der Gruppe
3.3	Kommunikation und Information
3.3.1	Formen und Bedeutung der organisationalen Kommunikation
3.3.2	Kommunikationspsychologische Modelle
3.4	Konflikte, Konfliktlösung und Mediation
3.5	Menschen und ihre Sozialisation in Organisationen
3.5.1	Grundkonflikte und Anpassungsleistungen
3.5.2	Menschen als Leistungsträger in Organisationen

4	Individuelle Ebene
----------	---------------------------

4.1	Personalauswahl: Eignung und Beurteilung
4.1.1	Verlauf und Fallstricke des Personalauswahlprozesses
4.1.2	Klassische Auswahlverfahren
4.2	Personalentwicklung
4.2.1	Ziele und Inhalte der Personalentwicklung
4.2.2	Fort- und Weiterbildung
4.2.3	Das strukturierte Mitarbeitergespräch
4.3	Arbeitsmotivation und Arbeitszufriedenheit
4.4	Beanspruchung, Stress und psychische Regulation
5	Maßnahmen der Arbeitsgestaltung – Leitkonzept: „menschengerechte Arbeit“

Soziale Arbeit und Sozialpädagogik im Justizvollzug

Lehrveranstaltungsstunden: 18

1	Grundsätze
1.1	„Sozial?“
1.2	Soziale Arbeit, Sozialarbeit, Sozialpädagogik, Sozialwesen
1.3	Definitionen

2	Profession „Soziale Arbeit“
2.1	Ausbildung
2.2	Berufsfelder in der Sozialarbeit
2.3	Studium soziale Arbeit
2.4	Persönliche Voraussetzungen
2.5	Geschichte der Sozialarbeit
2.6	Kritische Auseinandersetzung mit den klassischen Methoden der Sozialen Arbeit
2.7	Neue Definition von Sozialarbeit

3	Sozialarbeit im Strafvollzug
3.1	Grundsätze
3.2	Gesetzliche Grundlagen
3.3	Geschäftsverteilungsplan (Sozialer Dienst JV)
3.4	Standards und Qualitätssicherung für die Sozialdienste bei den bayerischen Justizvollzugsanstalten
3.4.1	Qualitäts-Standards und individuelles Handeln
3.4.2	Professionelles Selbstverständnis und Kernaufgaben der Sozialdienste
3.4.3	Kernkompetenzen
3.4.4	Professionelle Methoden der sozialen Arbeit und Arbeitsformen
3.4.5	Professionelles Handeln auf vier grundsätzlichen Ebenen
3.4.6	Grundvoraussetzung sozialer Arbeit im Vollzug
3.4.7	Sozialpädagogischer Erstkontakt
3.4.8	Sozialpädagogische Krisenintervention
3.4.9	Mitwirkung Behandlungsuntersuchung
3.4.10	Mitwirkung Vollzugsplan

3.4.11	Betreuung der Gefangenen
3.4.12	Behandlung der Gefangenen
3.4.13	Mitwirkung bei der Beurteilung
3.4.14	Sozialdienstkontakte zu Angehörigen und anderen Bezugspersonen
3.4.15	Mitwirkung bei der Freizeitgestaltung der Gefangenen
3.4.16	Entlassungsvorbereitung
3.5	Einstellungen von Fachkollegen
3.6	Anforderungsprofil für Sozialpädagogen in Justizvollzugsanstalten
3.7	Soziale Kompetenzen

4	Bewährungshilfe
4.1	Definition
4.2	Geschichtlicher Überblick
4.3	Lebenslage von Klienten
4.4	Gesetzliche Grundlagen
4.5	Aufgaben der Bewährungshilfe
4.5.1	Organisation
4.5.2	Aufgaben des Leitenden Bewährungshelfers
4.5.3	Zentrale Koordinationsstelle Bewährungshilfe
4.6	Erfolge der Bewährungshilfe

5	Führungsaufsicht und elektronische Aufenthaltsüberwachung
5.1	Definition der Führungsaufsicht
5.2	Gesetzliche Grundlagen
5.3	Anregung von Weisungen gemäß § 68 b StGB
5.3.1	Weisungen
5.3.2	Verstöße gegen Weisungen
5.4	Organe der Führungsaufsicht
5.4.1	Aufgaben der Aufsichtsstelle
5.4.2	Aufgaben des Bewährungshelfers
5.5	Durchführung der Führungsaufsicht
5.5.1	Zusammenarbeit mit den Vollstreckungsbehörden

5.5.2	Risikoproband
5.5.3	Elektronische Aufenthaltsüberwachung (eAÜ)
5.5.3.1	System der elektronischen Aufenthaltsüberwachung
5.5.3.2	Aufgaben
5.5.3.3	Technische Ausstattung
5.6	Aktuelles (Bayern)
5.7	Zeitlicher Ablauf
5.8	Erfahrungen in Europa

6	Drogenberatung
6.1	Definition „Sucht“
6.2	Cannabis als meistkonsumierte illegale Droge
6.3	Süchte: Legale Drogen (Schnüffelfstoffe)
6.4	Süchte: Illegale Drogen (Crystal; Wissenstest Cannabis; die Ersatzdroge Subutex = Buprenorphin)
6.5	Sucht ohne Drogen
6.6	Modellprojekt „Externe Suchtberatung“
6.6.1	Förderrichtlinien der „Externen“
6.6.2	Zeugnisverweigerungsrecht
6.6.3	Vorgehensweise
6.6.4	Maßnahmen und Interventionen
6.6.5	Ziele der Externen Suchtberatung
6.6.6	Klientenzahlen / Statistik
6.6.7	Vernetzung
6.6.8	Dokumentation
6.6.9	Probleme
6.7	Kooperation zwischen Justiz und Suchthilfe

7	Deeskalation
7.1	Definition
7.2	Kommunikation
7.3	Deeskalation und Selbstbehauptung
7.4	Merkmale für das Bestehen einer akuten Gewaltsituation
7.5	Phasen der Konfrontation

7.6	Verbale Kommunikation
7.7	Nonverbale Kommunikation
7.8	Grundregeln
7.9	Kommunikationsfehler
7.10	Deeskalierende (gelungene) Kommunikation
7.11	Begünstigende Bedingungen für brisante Situationen
7.12	Vorbereitungen am Arbeitsplatz
7.13	Grundgedanken

8	Soziales Kompetenztraining
8.1	Konzepte
8.2	Klientengruppen
8.3	Soziale Kompetenzen
8.4	Ziele des Sozialen Kompetenztrainings
8.5	Prozessmodell
8.6	Differenzierung sozialer Situationen
8.7	Interventionstechniken
8.8	Trainingselemente
8.9	Allgemeine Indikation
8.10	Spezielle Indikation
8.11	Gestaltung der therapeutischen Beziehung
8.12	Organisatorischer Rahmen
8.13	Übung
8.13.1	Instruktion für selbstsicheres Verhalten
8.13.2	Rollenspielsituationen
8.13.3	Modellunterstützendes Rollentraining (MURT)

Sozialrecht

Lehrveranstaltungsstunden: 12

1	Geschichte des Sozialrechts
1.1	Vorgeschichte des Sozialrechts: Armenfürsorge und erste Ausdifferenzierungen
1.2	Die Sozialgesetzgebung des Deutschen Kaiserreichs: Arbeiterpolitik und Angestelltenpolitik auf Reichsebene
1.3	Die Sozialgesetzgebung im 1. Weltkrieg – eine neue Etappe der Sozialstaatsentwicklung
1.4	Die Sozialgesetzgebung in der Weimarer Republik – soziale Grundrechte und knappe ökonomische Ressourcen um Widerstreit
1.5	Die Sozialrechtsentwicklung in der Zeit des Nationalsozialismus: Arbeit, Volksgemeinschaft und Krieg als bestimmende Faktoren selektiver Sozialpolitik
1.6	Die Sozialrechtsentwicklung in der Besatzungszeit und in der Bundesrepublik Deutschland: Restauration, Reform und Konsolidierung

2	Struktur des Sozialrechts
2.1	Die Geschichte der Krankenversicherung
2.2	Solidarität und Eigenverantwortung (§ 1 SGB V)
2.3	Organisation der Krankenversicherung
2.4	Versicherungspflicht bei der gesetzlichen Krankenversicherung
2.5	Versicherung der Familienangehörigen nach § 10 SGB V
2.6	Leistungen
2.7	Finanzierung gesetzliche Krankenversicherung
2.8	Grundsatz (§ 27 SGB V)
2.9	Leistungsarten § 11 SGB V
2.10	Voraussetzungen zum Beitritt der freiwilligen Versicherung
2.11	Versicherungsverhältnisse (§§ 5 ff. SGB V)
2.12	Private Krankenversicherung
2.13	Finanzierung

2.14	Vorteile private Krankenversicherung
2.15	Gegenüberstellung privat und gesetzlich

Wirtschafts- und Finanzwissenschaftliche Bereiche als Grundlagen der Arbeitsverwaltung

Volkswirtschaftslehre Lehrveranstaltungsstunden: 30

1	Einführung in die VWL
1.1	Grundlagen des Wirtschaftens
1.1.1	Phänomenen der Knappheit
1.1.2	Märkte, Güter und Produktionsfaktoren
1.1.3	Prinzip der Wirtschaftlichkeit
1.1.4	Zusammenhang von Produktion, Allokation und Distribu- tion
1.2	Gegenstand der Volkswirtschaftslehre
1.2.1	Abgrenzung von Volkswirtschaftslehre, FWL und Betriebs- wirtschaftslehre
1.2.2	Lehrgebiete der Volkswirtschaftslehre
1.2.3	Mikro- und Makroökonomie

2	Marktprozesse und Wettbewerbspolitik
2.1	Annahmen des vollkommenen Marktes
2.2	Angebot und Nachfrage
2.3	Preismechanismus
2.4	Marktformenlehre
2.5	Wettbewerbspolitik

3	Wirtschaftskreislauf und Inlandsprodukt
3.1	Wirtschaftskreislauf
3.1.1	Güter- und Geldströme
3.1.2	Sparen und Investieren
3.1.3	Rolle des Staates
3.1.4	Erweiterter Wirtschaftskreislauf
3.2	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR)
3.2.1	Produktionskonto und Produktionswert

3.2.2	Bruttoinlandsprodukt und Einkommensgrößen
3.2.3	Nominale und reale Größen
3.2.4	Drei Berechnungsarten des BIP
3.3	Multiplikatoreffekt

4	Konjunktur und Arbeitsmarkt
4.1	Konjunkturelle Entwicklung
4.2	Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik
4.3	Magisches Viereck
4.4	Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarktpolitik

5	Geld- und Währungsfragen
5.1	Funktionen des Geldes
5.2	Preisniveaustabilität
5.3	Definition der Geldmenge
5.4	Geldpolitische Instrumente

Betriebswirtschaftslehre

Lehrveranstaltungsstunden: 21

1	Einführung
1.1	Stellung der Betriebswirtschaftslehre
1.2	Betriebliche Prozesse und Funktionen
1.3	Bestimmungsfaktoren von Betrieben
1.4	Definition der Unternehmung
1.5	Betriebstypologie

2	Betriebliche Ziele
2.1	Ökonomisches Prinzip
2.2	Shareholder value
2.3	Stakeholder value

3	Unternehmensstrukturen
3.1	Zusammenschlüsse und Marktstrukturen
3.2	Betriebsorganisation
3.3	Betriebsführung
3.4	Arbeitsanforderungen und Lohnformen

4	Betriebliche Funktionen
4.1	Beschaffung, Produktion, Absatz
4.2	Betriebliche Produktionsfaktoren
4.3	Faktorenvariation

5	Grundlagen des betrieblichen Rechnungswesens
5.1	Finanzbuchhaltung und Betriebsbuchhaltung
5.2	Abschreibungen: Methoden und Berechnung

6	Lagerplanung und Standortfragen
6.1	Lagerplanung
6.2	Standortfragen

Wirtschaftsstatistik Lehrveranstaltungsstunden: 18

1	Aufgaben der Wirtschaftsstatistik
1.1	Gesamtwirtschaftliche Daten
1.1.1	Ermittlung der Inflationsrate
1.1.2	Darstellung von Arbeitsmarktdaten
1.1.3	Verteilungskennziffern
1.2	Betriebswirtschaftliche Kennziffern

2	Statistische Berechnungen
2.1	Mittelwerte und Streuung
2.2	Verhältniszahlen und Quoten
2.3	Indexzahlen
2.4	Gewichtung
2.5	Häufigkeitsverteilungen

3	Aufbereitung statistischer Kennzahlen
3.1	Darstellung in Tabellenform
3.2	Graphische Darstellungen
3.2.1	Liniendiagramm
3.2.2	Balkendiagramm
3.2.3	Säulendiagramm
3.2.4	Tortendiagramm

Marketing Lehrveranstaltungsstunden: 18
--

1	Einführung und Begriff
1.1	Marketing-Konzeption
1.2	Bedürfnispyramide

2	Segmentierung von Märkten
2.1	Merkmale von Marktteilnehmern
2.2	Bedürfnispyramide
2.3	Sonstige Merkmale
2.4	Marktforschung

3	Marketing-Mix
3.1	Preis-Mix
3.2	Produkt-Mix
3.3	Absatzwege

4	Unternehmenskommunikation
4.1	Image-Bildung
4.2	Werbung

Arbeitsverwaltung

Lehrveranstaltungsstunden: 30

1	Die Ziele der Gefangenearbeit
1.1	Primärziele
1.2	Sekundärziele

2	Rechtsgrundlagen der Arbeitspflicht der Gefangenen
2.1	Grundlagen und Umfang
2.2	Arbeitszeit
2.3	Grundsätze der Arbeitszuweisung
2.4	Freistellung von der Arbeitspflicht

3	Aufbau und Organisation der Arbeitsverwaltung
3.1	Aufbau und Organisation gem. Arbeitsverwaltungsordnung (AVO)
3.2	Zusammenarbeit mit anderen Stellen

4	Grundlagen der Wirtschafts- und Geschäftsführung der Arbeitsverwaltung: rechtlicher und betriebswirtschaftlicher Rahmen
----------	--

5	Entlohnung und Abrechnung der Gefangenearbeit
5.1	Die monetäre Komponente
5.2	Die nicht-monetäre Komponente
5.3	Taschengeld

6	Die Sozialversicherungsformen der Gefangenearbeit
6.1	Kranken-, Pflege- und Rentenversicherung
6.2	Arbeitslosenversicherung: Versicherter Personenkreis, Versicherungsfreiheit, Beitragstragung und Abrechnung
6.3	Unfallversicherung: Begriff des Versicherungsfalls, Leistungsumfang, Meldepflicht, Verantwortliche für die Unfallverhütung

7	Beschäftigungsformen und Arbeitsmöglichkeiten
----------	--

Finanzwissenschaften: Abschnitt 1

Lehrveranstaltungsstunden: 46

1	Einführung in die Finanzwissenschaften
1.1	Begriff, Gegenstand und Einordnung der Finanzwissenschaften
1.2	Aufgaben und Träger der öffentlichen Finanzwirtschaft
1.3	Wirkung auf den Wirtschaftskreislauf
1.4	Öffentliche Finanzwirtschaft und Privatwirtschaft

2	Finanzverfassung
2.1	Zusammenhang Aufgaben- und Lastenverteilung
2.2	Gesetzgebungskompetenz
2.3	Steueraufkommen und Finanzausgleich

3	Finanzpolitik
3.1	Aufgaben und Ziele der Finanzpolitik
3.2	Finanzpolitische Instrumente

4	Finanzplanung
4.1	Aufgaben und Ziele der Finanzplanung
4.2	Finanzplan (Aufstellung, Inhalt)

5	Der Haushalt des Freistaates Bayern
5.1	Entwicklung des Haushaltsrechts
5.2	Rechtsgrundlagen staatlicher Haushalts- und Wirtschaftsführung
5.3	Begriff und Bedeutung des Haushalts
5.4	Bedeutung und Wirkung des Haushaltsplans

6	Haushaltsgrundsätze
6.1	Zeitliche Bindung
6.2	Vorherigkeit, Rechtzeitigkeit
6.3	Einheit, Vollständigkeit, Fälligkeitsprinzip
6.4	Gesamtdeckung
6.5	Bruttoprinzip
6.6	Klarheit, Wahrheit, Genauigkeit

6.7	Notwendigkeit, Wirtschaftlichkeit, Sparsamkeit
6.8	Sachliche Bindung, Spezialisierung, Deckungsfähigkeit
6.9	Haushaltsausgleich
6.10	Öffentlichkeit

7	Die Phasen des Haushaltskreislaufs
7.1	Aufstellung
7.2	Vollzug
7.3	Abrechnung
7.4	Entlastung

8	Aufbau des Haushaltsplans
8.1	Gliederung von Einnahmen und Ausgaben
8.2	Gesamtplan
8.3	Einzelpläne
8.4	Anlagen des Haushaltsplans

9	Aufstellung des Haushaltsplans
9.1	Voranschläge
9.2	Aufstellung des Entwurfs des Haushalts
9.3	Beschlussfassung
9.4	Feststellung des Haushalts
9.5	Vorläufige Haushaltsführung
9.6	Haushaltsrechnung

10	Haushaltseinnahmen
10.1	Einnahmearten
10.2	Wirkung der Haushaltseinnahmen

11	Haushaltsausgaben
11.1	Ausgabearten
11.2	Wirkung der Haushaltsausgaben
11.3	Entwicklung der Haushaltsausgaben

12	Öffentliches Auftragswesen (Grundlagen)
12.1	Wettbewerb und Wirtschaftlichkeit
12.2	Rechtskonformität, Rechtssicherheit und Korruptionsprävention
12.3	Einführung in das Vergaberecht
12.4	Grundsätze des Vergaberechts

13	Einführung in den Haushaltsvollzug
13.1	Der typische Ablauf einer Bewirtschaftungsmaßnahme
13.2	Einzelne Grundsätze
13.3	Verteilung und Nachforderung von Ausgabemitteln
13.4	Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots (Grundzüge)

14	Grundzüge der Zahlbarmachung
14.1	Arten und Form der Kassenanordnungen
14.2	Zahlungsanordnungen
14.3	EDV-Bestimmungen-Kasse
14.4	Dienstanweisung IHV

15	Haushalts- und Strafvollzugsrecht
15.1	Haftkosten
15.2	Aufwendungsersatz
15.3	Kostenbeteiligungen

16	Einübende Veranstaltungen
-----------	----------------------------------

17	Klausurbesprechung
-----------	---------------------------

Schlüsselkompetenzen

Erhöhung der sozialen Kompetenz (Kommunikation)

Lehrveranstaltungsstunden: 40

1	Einführung, organisatorische Fragen, Vorstellung, Zertifizierung und Stellenwert
2	Definition und allgemeine Erklärungen zu sozialen Kompetenzen sowie Grundhaltungen dazu
3	Kommunikation, aktives Zuhören, weitere Gesprächstechniken und Axiome
4	Typische Konflikte im Strafvollzug
5	Rollenspiele zu Konflikten mit anschließender Diskussion
6	Selbstsicherheit in Theorie und Übungen
7	Gruppendynamische Übungen
7.1	Empathie, Gefühle, Stimmungen, Perspektivenwechsel
7.2	Dilemma Diskussionen
8	Werte und Normen
9	Macht und Ohnmacht in Selbsterfahrungsübungen
10	Erlebnispädagogik mit Reflexion im Gruppenkontext
11	Umgang mit Widerständen, Provokation in Theorie und Praxis
12	Gruppenabschluss mit Feedback

Methodik Lehrveranstaltungsstunden: 12

1	Begriff der Methodenlehre
2	Kleine Normenlehre
3	Normanwendung: der hermeneutische Zirkel
4	Auslegung von Gesetzen
4.1	Auslegung nach dem Wortsinn
4.2	Auslegung nach dem Bedeutungszusammenhang
4.3	Auslegung nach der Entstehungsgeschichte
4.4	Auslegung nach dem Sinn und Zweck
5	Analogie
6	Teleologische Reduktion / Extension
7	Umkehrschluss
8	Erst-Recht-Schluss

Zweiter Fachtheoretischer Studienabschnitt

(FACHSTUDIUM II)

Zivilrecht und Zivilverfahrensrecht

Bürgerliches Recht – Schuldrecht: Abschnitt 2 Besonderer Teil

Lehrveranstaltungsstunden: 42

1	Kaufrecht
1.1	Inhalt des Kaufvertrages
1.2	Rechts- und Sachmängelhaftung
1.3	Anspruchsmöglichkeiten
1.4	Sachmangel, § 434 BGB
1.5	Gewährleistungsausschluss
1.6	Verbrauchsgüterkauf §§ 474 ff BGB
1.7	Garantie
1.8	Verjährung

2	Allgemeine Geschäftsbedingungen
2.1	Bedeutung und Schutzzweck
2.2	Begriff der Allgemeinen Geschäftsbedingungen
2.3	Einbeziehungsvoraussetzungen
2.4	Vorrang von Individualabreden
2.5	Rechtsfolgen der Nichteinbeziehung und Unwirksamkeit
2.6	Inhaltskontrolle von Allgemeinen Geschäftsbedingungen

3	Haustürgeschäfte
----------	-------------------------

4	Fernabsatzverträge
----------	---------------------------

5	Schenkungsvertrag
5.1	Merkmale des Vertrags
5.2	Form
5.3	Die gemischte Schenkung
5.4	Sonderregeln des Schenkungsrechts
5.4.1	Schenkungen unter Auflage
5.4.2	Rückgabepflicht des Beschenkten

6	Mietrecht betreffend Wohnraum
----------	--------------------------------------

6.1	Inhalt der Einigung
6.2	Pflichten der Mietvertragsparteien
6.2.1	Pflichten des Vermieters
6.2.2	Pflichten des Mieters
6.3	Gewährleistungsrechte des Mieters
6.3.1	Mängel der Mietsache
6.3.2	Rechte des Mieters
6.3.3	Ausschluss von Gewährleistungsrechten
6.3.4	Haftung für Rechtsmängel
6.4	Verletzung von Vertragspflichten
6.4.1	Verletzung durch den Vermieter
6.4.2	Verletzung durch den Mieter
6.5	Schutz der Mietparteien
6.5.1	Schutz des Mieters
6.5.2	Schutz des Vermieters
6.6	Beendigung des Mietvertrages
6.6.1	Allgemeines
6.6.2	Beendigung durch Kündigung
6.6.3	Wohnraummiete auf bestimmte Zeit

7	Werkvertragsrecht
7.1	Inhalt und Abgrenzung
7.2	Gewährleistungsrecht
7.3	Sicherungsrechte
7.4	Beendigungsmöglichkeiten

8	Dienstvertrag
8.1	Inhalt und Abgrenzung
8.2	Beendigungsmöglichkeiten

9	Auftrag
----------	----------------

10	Geschäftsführung ohne Auftrag
10.1	Echte Geschäftsführung ohne Auftrag
10.1.1	Berechtigte Geschäftsführung ohne Auftrag
10.1.1	Unberechtigte Geschäftsführung ohne Auftrag

10.2	Unechte Geschäftsführung ohne Auftrag
10.2.1	Irrtümliche Geschäftsführung ohne Auftrag
10.2.2	Angemaßte Geschäftsführung ohne Auftrag

11	Maklervertrag
-----------	----------------------

12	Leasingvertrag
-----------	-----------------------

13	Bereicherungsrecht
13.1	Leistungskondiktion nach § 812 I 1 1.Alt. BGB
13.2	Leistungskondiktion nach § 812 I 2 1.Alt. BGB
13.3	Nichtleistungskondiktion
13.3.1	Eingriffskondiktion nach § 812 I 1 2. Alt. BGB
13.3.2	Verwendungskondiktion nach § 951 BGB
13.4	Sondertatbestand des § 816 BGB
13.4.1	Bereicherungsausgleich nach § 816 I 1 BGB
13.4.2	Bereicherungsausgleich nach § 816 I 2 BGB
13.4.3	Bereicherungsausgleich nach § 816 II BGB
13.5	Herausgabepflicht Dritter nach § 822 BGB
13.6	Inhalt und Umfang des Bereicherungsanspruchs

Bürgerliches Recht – Schuldrecht: Abschnitt 3 Bankgeschäfte

Lehrveranstaltungsstunden: 12

1	Geschäftsbesorgungsvertrag
1.1	Begriff und Bedeutung
1.2	Rechte und Pflichten der Vertragsparteien
1.2.1	Vertragliche Vereinbarungen
1.2.2	Auftragsrecht
1.2.3	Anwendung des allgemeinen Schuldrechts

2	Bankrecht
2.1	Zahlungsdienste
2.1.1	Einzelzahlungsvertrag
2.1.2	Zahlungsdienstrahmenvertrag
2.2	Konten
2.2.1	Girokonto
2.2.2	Sparkonto
2.2.3	Depotkonto
2.3	Lastschriftverfahren
2.3.1	Einzugsermächtigung
2.3.2	Abbuchungsauftrag
2.3.3	Widerruf im Lastschriftverfahren
2.4	Kartengesteuerte Zahlungssysteme
2.4.1	Bankkarte
2.4.1.1	Grundsatz
2.4.1.2	Geldautomat
2.4.1.3	PoS-System
2.4.1.4	PoZ-System
2.4.1.5	ELV-System
2.4.2	Kreditkarte
2.4.2.1	Akquisitionsverhältnis
2.4.2.2	Deckungsverhältnis
2.4.2.3	Valutaverhältnis

2.4.2.4	Lizenzverhältnis
2.4.2.5	Rechtsbeziehungen beim Kreditkartengeschäft
2.5	Scheck

Bürgerliches Recht – Schuldrecht: Abschnitt 4 Delikts- und Amtshaftungsrecht

Lehrveranstaltungsstunden: 18

1	Allgemeines
2	Grundstruktur des § 823 I BGB
3	Die einzelnen Rechte bzw. Rechtsgüter
3.1	Ausdrücklich genannte Rechte
3.2	Sonstige Rechte
4	Kausalität
5	Verwirklichung durch Unterlassen
5.1	Grundstruktur
5.2	Verkehrssicherungspflicht
6	Rechtswidrigkeit
6.1	Allgemeines
6.2	Exkurs: der ärztliche Heileingriff
7	Verantwortlichkeit
8	Weitere wichtige Tatbestände der Verschuldenshaftung
8.1	Schutzgegenstand
8.2	Vorsätzlich sittenwidrige Schädigung
9	Haftung für vermutetes Verschulden
9.1	Ausgangspunkt
9.2	Haftung des Geschäftsherrn
9.3	Haftung des Aufsichtspflichtigen
9.4	Haftung des Nutztierhalters
9.5	Haftung des Tieraufsehers
10	Staats- und Amtshaftung
10.1	Allgemeines
10.2	Haftung für hoheitliches Handeln

10.3	Haftung für fiskalisches Handeln
11	Ansprüche nach dem Gewaltschutzgesetz mit Hinweisen zum Verfahren
12	Beteiligung mehrerer Personen
13	Verjährung der Deliktsansprüche
14	Haftung nach dem Straßenverkehrsgesetz
15	Rechtsfolgen bei Schadensersatzforderungen
15.1	Immaterielle Schäden
15.2	Art und Umfang des materiellen Schadensersatzes
16	Mitverschulden des Geschädigten

Zivilverfahrensrecht Lehrveranstaltungsstunden: 24

1	Grundzüge des Zivilprozessrechts
1.1	Verfahrensgrundsätze, Zulässigkeit und Begründetheit der Klage
1.2	Klagearten, Zustellung, Wirkungen der Anhängigkeit und der Rechtshängigkeit, Fristen und Wiedereinsetzung
1.3	Urteilsarten, Rechtsmittel, Rechtskraft und ihre Wirkungen
1.4	Mahnverfahren

2	Grundlagen der Zwangsvollstreckung
----------	---

3	Vollzugsspezifisches Zwangsvollstreckungsrecht
----------	---

Straf- und Strafprozessrecht

Strafprozessrecht - Besonderer Teil

Lehrveranstaltungsstunden: 24

1	Wiederholung wesentlicher Aspekte des Allgemeinen Teils
1.1	Aufbau des vollendeten vorsätzlichen Delikts
1.2	Kausalität
1.3	Subjektiver Tatbestand
1.4	Rechtswidrigkeit
1.5	Schuld
1.6	Versuch
1.7	Unterlassungsdelikte
1.8	Fahrlässigkeitsdelikte
1.9	Täterschaft und Teilnahme
1.10	Konkurrenzen

2	Einführung in die Eigentums- und Vermögensdelikte
2.1	Straftatbestände
2.1.1	Diebstahl
2.1.2	Unterschlagung
2.1.3	Raub
2.1.4	Räuberischer Diebstahl
2.1.5	Erpressung
2.1.6	Räuberische Erpressung
2.1.7	Betrug
2.2	Wichtige Abgrenzungen
2.2.1	Allgemeines
2.2.2	Abgrenzung Diebstahl/Betrug
2.2.3	Abgrenzung Raub/räuberische Erpressung/räuberischer Diebstahl

3	Ausgewählte Probleme der Eigentumsdelikte
3.1	Sachbeschädigung

3.2	Diebstahl
3.2.1	Einzelfragen zur Wegnahme
3.2.2	Absicht der rechtswidrigen Zueignung
3.2.3	Besonders schwerer Fall des Diebstahls
3.2.4	Qualifikationen
3.2.5	Strafantragserfordernisse
3.3	Raub

4	Ausgewählte Fragen zum Betrug
4.1	Objektive Tatbestandsmerkmale
4.1.1	Täuschungshandlung
4.1.2	Irrtum
4.1.3	Vermögensverfügung
4.1.4	Vermögensschaden
4.2	Subjektive Tatbestandsmerkmale
4.3	Sonderfragen
4.3.1	Tankstellenbetrug
4.3.2	Computerbetrug
4.3.3	Automatenbetrug
4.3.4	Versicherungsbetrug

5	Straßenverkehrsdelikte (Einblick)
5.1	Fahren ohne Fahrerlaubnis
5.2	Trunkenheit im Verkehr
5.3	Straßenverkehrsgefährdung
5.4	Unerlaubtes Entfernen vom Unfallort

6	Ausgewählte Fragen der Tötungsdelikte
6.1	Allgemeines
6.2	Mordmerkmale
6.3	Abgrenzung Mord / Totschlag
6.4	Täterschaft / Teilnahme
6.5	Sterbehilfe
6.6	Sonderproblem: Beendigung lebenserhaltender Maßnahmen

7	Ausgewählte Fragen der Körperverletzungsdelikte
7.1	Vorsätzliche Körperverletzung
7.2	Gefährliche Körperverletzung
7.3	Schwere Körperverletzung
7.4	Körperverletzung mit Todesfolge
7.5	Beteiligung an einer Schlägerei

Vollzugsspezifisches Strafrecht

Lehrveranstaltungsstunden: 9

1	Gefangenenbefreiung und Gefangenenmeuterei
2	Betäubungsmittelstrafsachen
2.1	Definition des Betäubungsmittels
2.2	Mengenbegriffe
2.2.1	Definition
2.2.2	„Nicht geringe Menge“
2.3	Wichtigste Straftatbestände des BtMG
2.3.1	Unerlaubtes Handeltreiben
2.3.2	Unerlaubtes Veräußern, Abgeben und Erwerben
2.3.3	Unerlaubte Verbrauchsüberlassung
2.3.4	Unerlaubter Besitz
2.3.5	Straflosigkeit des bloßen Konsums
2.3.6	Gewerbsmäßigkeit
2.3.7	Verbrechenstatbestände
2.4	Grundzüge zur Strafzumessung
2.4.1	Kronzeugenregelung
2.4.2	Spezifische Strafzumessungsgesichtspunkte
2.3.3	Zurückstellung der Strafvollstreckung bei Therapie
2.5	„Legal Highs“ und Arzneimittelgesetz (Hinweis)
3	Waffendelikte
3.1	Straftaten nach dem Kriegswaffenkontrollgesetz (Einblick)
3.2	Straftaten nach dem Waffengesetz (Überblick)
3.2.1	Begriffe und Begehungshandlungen
3.2.2	Verbrechen nach dem Waffengesetz
3.2.3	Vergehen nach dem Waffengesetz

Strafprozessrecht

Lehrveranstaltungsstunden: 39

1	Einführung
1.1	Gliederung des Strafverfahrens
1.2	Tatbegriff
1.3	Weitere wichtige Grundbegriffe

2	Vorverfahren
2.1	Einleitung des Vorverfahrens
2.2	Verfahrensbeteiligte
2.2.1	Polizei
2.2.2	Staatsanwaltschaft
2.2.3	Ermittlungsrichter
2.2.4	Beschuldigter
2.2.5	Verteidiger
2.2.6	Zeugen

3	Durchführung der Ermittlungen
3.1	Vernehmung des Beschuldigten
3.2	Weitere Ermittlungsmaßnahmen (Auswahl)
3.3	Untersuchungshaft
3.4	Vorläufige Festnahme

4	Abschluss des Ermittlungsverfahrens
4.1	Anklageerhebung zum zuständigen Gericht
4.2	Strafbefehl
4.3	Einstellungen
4.3.1	§ 170 II StPO
4.3.2	Opportunitätsprinzip
4.3.3	Fragen des Strafklageverbrauchs

5	Zwischenverfahren
----------	--------------------------

6	Hauptverfahren
6.1	Übersicht über den Gang der Hauptverhandlung (Normalfall)
6.2	Einzelfragen zur Hauptverhandlung
6.2.1	Öffentlichkeitsgrundsatz

6.2.2	Mündlichkeitsgrundsatz
6.2.3	Unmittelbarkeitsgrundsatz
6.2.4	Anwesenheitsgrundsatz
6.2.5	Beweisaufnahme
6.2.6	Beweiswürdigung
6.2.7	Beweisverwertungsverbote
6.2.8	Veränderung des rechtlichen Gesichtspunkts

7	Aufbau eines Strafurteils
----------	----------------------------------

8	Besondere Verfahrensarten
8.1	Strafbefehlsverfahren
8.2	Beschleunigtes Verfahren

9	Allgemeines zu den Rechtsmitteln
9.1	Devolutiv- und Suspensiveffekt
9.2	Rechtsmittelbefugnis
9.3	Beschwer
9.4	Teilanfechtung
9.5	Rechtsmittelverzicht
9.6	Rechtsmittelrücknahme
9.7	Verfristung
9.8	Abhilfemöglichkeit

10	Beschwerde
10.1	Statthaftigkeit
10.2	Form
10.3	Frist
10.4	Abhilfe
10.5	Weitere Beschwerde

11	Berufung
11.1	Statthaftigkeit
11.2	Form
11.3	Frist
11.4	Begründung
11.5	Zuständigkeit
11.6	Verfahrensgang
11.7	Verwerfungsmöglichkeit

12	Revision
12.1	Einführung
12.2	Zulässigkeit der Revision
12.2.1	Statthaftigkeit
12.2.2	Rechtsmittelbefugnis
12.2.3	Beschwer
12.2.4	Ordnungsgemäße Form der Revisionseinlegung
12.2.5	Frist
12.2.6	Wiedereinsetzung in den vorigen Stand
12.2.7	Verzicht/Rücknahme
12.2.8	Ordnungsgemäße Begründung der Revision
12.2.9	Wiedereinsetzung in den vorigen Stand
12.3	Begründetheit der Revision
12.3.1	Verfahrenshindernisse
12.3.1.1	Deutsche Gerichtsbarkeit
12.3.1.2	Sachliche Zuständigkeit
12.3.1.3	Verfolgungsverjährung
12.3.1.4	Fehlender Strafantrag
12.3.1.5	Fehlende Anklage
12.3.1.6	Fehlender Eröffnungsbeschluss
12.3.1.7	Anderweitige Rechtshängigkeit
12.3.1.8	Strafklageverbrauch
12.3.1.9	Weitere Verfahrenshindernisse
12.3.2	Absolute Revisionsgründe
12.3.2.1	Fehlbesetzung des Gerichts
12.3.2.2	Ausgeschlossene Gerichtspersonen
12.3.2.3	Befangene Gerichtspersonen
12.3.2.4	Örtliche Zuständigkeit / Zuständigkeit der Spruchkörper des Landgerichts
12.3.2.5	Anwesenheitsgrundsatz
12.3.2.6	Öffentlichkeitsgrundsatz
12.3.2.7	Absetzung des Urteils
12.3.2.8	Unzulässige Verteidigungsbeschränkung
12.3.3	Relative Revisionsgründe

12.3.4	Exkurs: Beweiskraft des Sitzungsprotokolls
12.3.5	Fehler bei der Anwendung des materiellen Rechts
12.3.5.1	Verstoß gegen das StGB/Nebengesetze
12.3.5.2	Fehler bei der Beweiswürdigung
12.3.5.3	Verstoß gegen den Grundsatz „in dubio pro reo“

13	Entscheidungsmöglichkeiten des Revisionsgerichts
-----------	---

14	Gestaltung des Revisionsantrages
-----------	---

15	Gestaltung der Begründung der Revision
-----------	---

Strafvollzugsrecht

Gestaltung des Justizvollzugs: Abschnitt 2

Lehrveranstaltungsstunden: 114

1	Verwaltungsvorschriften sowie Rechtsprechung zu Lockerungen des Vollzugs und Urlaub
1.1	Außenbeschäftigung
1.2	Freigang
1.3	Ausführung
1.4	Ausgang
1.5	Urlaub
1.6	Übungen

2	Verwaltungsvorschriften sowie Rechtsprechung zum Verkehr mit der Außenwelt
2.1	Besuch
2.2	Schriftverkehr
2.3	Ferngespräch, Telegramm, Fax etc.
2.4	Paket
2.5	Verwertung von Kenntnissen

3	Ausgewählte Fragen aus dem Bereich der Arbeit, der Aus- und Weiterbildung
3.1	Freies Beschäftigungsverhältnis
3.2	Freistellung vor der Arbeitspflicht

4	Gefangenengelder und -bezüge
4.1	Geldarten
4.2	Verwendung der Gelder
4.3	Zugriffsmöglichkeiten
4.3.1	Aufrechnung
4.3.2	Pfändung
4.4	Übungen zu Gefangenengeldern

5	Besonderheiten der Vollzugsgestaltung im Frauenstrafvollzug
----------	--

6	Besonderheiten der Vollzugsgestaltung in sozialtherapeutischen Anstalten und Abteilungen
----------	---

7	Jugendstrafrecht und Vollzug der Jugendstrafe
7.1	Jugendstrafrecht
7.1.1	Grundlagen
7.1.2	Geltungsbereich
7.1.3	Rechtsfolgen der Jugendstraftat
7.1.4	Jugendstraßverfahren
7.2	Vollstreckung der Jugendstrafe
7.2.1	Aussetzung des Restes der Jugendstrafe
7.2.2	Unterbrechung und Vollstreckung der Jugendstrafe neben Freiheitsstrafe
7.2.3	Ausnahme vom Jugendstrafvollzug
7.2.4	Rechtsbehelfe im Vollzug der Jugendstrafe
7.3	Vollzug der Jugendstrafe
7.3.1	Aufgaben des Jugendstrafvollzugs
7.3.2	Besonderheiten der Vollzugsgestaltung in Jugendstrafvollzugsanstalten

8	Vollzug der Untersuchungshaft
8.1	Rechtsgrundlagen
8.2	Grundsätze
8.3	Kompetenzabgrenzung: Richter, Staatsanwalt, Anstaltsleiter
8.4	Aufnahme und Entlassung
8.5	Behandlung der Gefangenen
8.6	Übungen

9	Sicherheit und Ordnung in der Untersuchungshaft
9.1	Sicherheit und Ordnung
9.2	Vorüberlegungen
9.3	Sicherungsmaßnahmen
9.3.1	Allgemeine Sicherungsmaßnahmen
9.3.2	Besondere Sicherungsmaßnahmen
9.4	Unmittelbarer Zwang

9.4.1	Bedeutung
9.4.2	Durchführung
9.4.3	Schusswaffengebrauch
9.4.4	Abgrenzung Untersuchungshaft / Strafhaft
9.5	Disziplinarmaßnahmen
9.5.1	Voraussetzungen
9.5.2	Maßnahmenkatalog
9.5.3	Verfahren
9.5.4	Vollzug
9.5.5	Abgrenzung zur Strafhaft
9.6	Junge Gefangene in der Untersuchungshaft
9.6.1	Begriffe
9.6.2	Vorüberlegungen
9.6.3	Anordnung der Untersuchungshaft
9.6.4	Gestaltung der Untersuchungshaft
9.6.5	Sonderregelungen
9.7	Rechtsbehelfe
9.7.1	Vorbemerkungen
9.7.1.1	Begriffsklärung
9.7.1.2	Übersicht
9.7.1.3	Einzelne Rechtsbehelfe
9.7.2	Rechtsschutz von Strafgefangenen
9.7.2.1	Überblick
9.7.2.2	Außergerichtliche Rechtsbehelfe
9.7.2.3	Gerichtliche Rechtsbehelfe
9.7.3	Rechtsschutz von Untersuchungsgefangenen
9.7.4	Fallbesprechung

10	Vollzugsgestaltung bei besonderen Arten der Freiheitsentziehung
10.1	Zivilhaft (Besprechung von Fällen)
10.2	Auslieferungshaft (Besprechung von Fällen)
10.3	Sicherungsverwahrung
10.3.1	Einschlägige Vorschriften des StGB
10.3.2	Einschlägige Vorschriften des BayStVollG

10.3.3	Einzelfälle aus der Praxis
11	Vertiefung Rechtsbehelfe anhand praktischer Beispiele im Bereich des Strafvollzuges

**Referate im Fach:
Gestaltung des Justizvollzugs
Lehrveranstaltungsstunden: 1 LVS/Studierender**

Die Studierenden bearbeiten und referieren jeweils wechselnde Themen und Problemstellungen.

Gnadenrecht

Lehrveranstaltungsstunden: 12

1	Grundlagen
1.1	Geschichte
1.2	Begriff
1.3	Sinn und Zweck
1.4	Quellen
1.5	Stellung im Rechtssystem

2	Gnade und Amnestie
2.1	Abgrenzung
2.2	Gesetzgebungskompetenz
2.3	Gründe

3	Gnadenkompetenz
3.1	Träger des Begnadigungsrechts
3.2	Gnadenrecht des Bundes
3.2.1	Rechtsgrundlage
3.2.2	Umfang
3.3	Gnadenrecht des Freistaates Bayern
3.3.1	Rechtsgrundlage
3.3.2	Umfang

4	Zuständigkeit bei Gesamtstrafe
----------	---------------------------------------

5	Gnadenverfahren
5.1	Voraussetzungen eines Gnadenaktes
5.2	Inhalt und Wirkung eines Gnadenaktes
5.3	Verfahrensgrundsätze
5.3.1	Einleitung des Verfahrens
5.3.2	Ermittlungen
5.3.3	Entscheidung
5.3.4	Durchführung
5.4	Widerruf und Rücknahme eines Gnadenerweises
5.5	Einwendungen im Falle einer ablehnenden Entscheidung

6	Einzelheiten zum Vorrang der gerichtlichen Entscheidung
----------	--

7	Gnadengründe
7.1	Rechtsgründe
7.2	Besondere Gründe in der Person und dem Lebenskreis des Verurteilten
7.3	Übergeordnete Gnadengründe

8	Stellungnahme der Justizvollzugsanstalt im Gnadenverfahren
----------	---

9	Gnade und konkurrierende Rechtsinstitute
9.1	§§ 35 und 36 des Betäubungsmittelgesetzes
9.1.1	Allgemeines
9.1.2	Zurückstellung der Strafvollstreckung - § 35 BtMG
9.1.3	Anrechnung und Strafaussetzung zur Bewährung - § 36 BtMG
9.2	§§ 455 bis 456 a der Strafprozessordnung
9.2.1	Aufschub der Vollstreckung einer Freiheitsstrafe
9.2.2	Unterbrechung der Vollstreckung einer Freiheitsstrafe
9.2.3	Absehen von der Vollstreckung einer Freiheitsstrafe
9.2.4	Rechtsbehelfe
9.3	Strafaussetzung zur Bewährung (Strafgesetzbuch)
9.3.1	Möglichkeiten der Aussetzung einer (Rest-)Freiheitsstrafe
9.3.2	Ausgestaltung
9.3.3	§ 57 StGB – Einzelfragen
9.3.4	§ 57 a StGB – Einzelfragen
9.3.5	Verfahren
9.4	Strafaussetzung zur Bewährung (Jugendgerichtsgesetz)
9.4.1	Grundlagen
9.4.2	Jugendarrest
9.4.3	Möglichkeiten der Aussetzung einer (Rest)Jugendstrafe

Öffentliches Recht

Vollzugsspezifisches Verfassungs- und Verwaltungsrecht

Lehrveranstaltungsstunden: 24

1	Wiederholung Verwaltungsrecht
1.1	Rechtsbehelfe gegen Verwaltungsakte
1.2	Klagearten nach der VwGO
2	Verwaltungsakt
2.1	Merkmale eines Verwaltungsakts
2.2	Regelungscharakter eines Verwaltungsakts
2.3	Außen- und Innenwirkung eines Verwaltungsakts
2.3	Nebenbestimmungen zum Verwaltungsakt
2.4	Wirksamkeit und Rechtmäßigkeit eines Verwaltungsakts
2.5	Rücknahme und Widerruf eines Verwaltungsakts
2.6	Fehlerkategorien beim Verwaltungsakt
2.7	Durchsetzung von Verwaltungsakten
2.8	Vorläufiger Rechtsschutz
3	Verwaltungsgerichtliches Klageverfahren
4	Anknüpfung zum BayStVollzG
4.1	Vergleich mit ausgewählten Vorschriften aus dem BayStVollzG
4.2	Rücknahme und Widerruf im BayStVollzG
4.3	Analogieprobleme bei Rücknahme und Widerruf
4.4	Verfahrenserfordernisse im Vollzugsrecht
4.5	Vertrauensschutz im BayStVollzG
4.6	Auflösende Bedingungen im Vollzugsrecht
4.7	Vergleich der Verfahrensvorschriften VwGO und StVollzG
4.8	Überblick über Klageverfahren nach dem StVollzG
4.9	Ausgewählte Fallbeispiele

5	Staatshaftungsrecht
5.1	Grundlegende Fragen der Staatshaftung
5.2	Anknüpfungspunkte zum Strafvollzugsrecht

6	Verfassungsspezifische Besonderheiten
6.1	Einschränkung von Grundrechten im BayStVollzG
6.2	Zitiergebot des Art. 19 GG
6.3	Einschränkung weiterer Grundrechte
6.4	Fallbeispiele

Grundzüge des Baurechts Lehrveranstaltungsstunden: 12
--

1	Einführung
1.1	Überblick über das öffentliche Baurecht
1.2	Gesetzgebungskompetenzen
1.3	Abgrenzung BauGB und BayBO

2	Grundsätze der Raumordnung
----------	-----------------------------------

3	Bauleitplanung
3.1	Flächennutzungs- und Bebauungsplan
3.2	Verfahren und Zuständigkeiten
3.3	Exkurs: Kommunalrecht

4	Zulässigkeit von Bauvorhaben
4.1	Anwendungsbereich der BayBO
4.2	Formelles Bauordnungsrecht
4.3	Einblick in das materielle Bauordnungsrecht

Recht des öffentlichen Dienstes: Abschnitt 2

Lehrveranstaltungsstunden: 39

1	Wiederholung und Vertiefung des Allgemeinen Beamtenrechts
1.1	Ernennung: Tatbestände, Voraussetzungen und Vorgänge sowie Nichtigkeit und Rücknahme
1.2	Laufbahnrecht, insbesondere Elternzeit, Beurlaubung, Teilzeitbeschäftigung, Erziehungszeiten vor dem Eintritt in das Beamtenverhältnis sowie Auswirkungen von Wehrdienst und Freiwilligendienste

2	Besoldungsrecht
2.1	Anspruch auf Besoldung
2.1.1	Beginn bei Einstellung, Versetzung oder Beförderung
2.1.2	Unterbrechung des Anspruchs bei Beurlaubung oder Elternzeit
2.1.3	Ende bei Entlassung, Ruhestand oder Tod
2.2	Ermittlung der Bezügebestandteile
2.2.1	Bestimmung des Grundgehalts nach der Besoldungsgruppe
2.2.2	Familienzuschlag und Konkurrenzregelungen
2.2.3	Überblick über weitere Grund- und Nebenbezüge
2.2.4	Auswirkungen von Teilzeitbeschäftigungen auf die Bezügehöhe

3	Versorgungsrecht
3.1	Übersicht über die Alterssicherungssysteme
3.2	Versorgungsrechtliche Grundbegriffe
3.3	Eintritt des Versorgungsfalles und Entstehen des Anspruchs
3.4	Grundzüge über die Berechnungselemente der Versorgung eines Ruhestandsbeamten
3.4.1	Bestimmung der ruhegehaltsfähigen Bezüge
3.4.2	Bestimmung der ruhegehaltsfähigen Dienstzeit
3.4.3	Ermittlung des Ruhegehaltssatzes
3.4.4	Abschlagsregelungen bei vorzeitigem Ruhestandseintritt

3.4.5	Gewährung des Familienzuschlags-Unterschiedsbetrages
3.4.6	Hinweis auf die Mindestversorgung
3.5	Überblick über die einmaligen und laufenden Hinterbliebenenbezüge nach dem Tod eines Versorgungsurhebers
3.5.1	Ansprüche auf Sterbegeld
3.5.2	Voraussetzungen für die Gewährung von Witwen- und Waisengeldern sowie deren Höhe

4	Reisekosten und Trennungsgeld
4.1	Reisekosten
4.1.1	Begriffsbestimmungen
4.1.2	Anspruch auf Reisekostenvergütung
4.1.3	Art und Umfang der Reisekostenvergütung
4.2	Trennungsgeld
4.2.1	Rechtsgrundlagen
4.2.2	Persönlicher und sachlicher Geltungsbereich
4.2.3	Höhe des Trennungsgeldes
4.2.4	Abrechnungsverfahren (Hinweise)

5	Sonstige Fürsorgeleistungen
5.1	Kurzer Überblick über die Beihilfeansprüche
5.2	Ballungsraumzulage

Arbeits- und Tarifrecht

Lehrveranstaltungsstunden: 45

1	Grundbegriffe des Arbeitsrechts
1.1	Arbeitsrecht als Sonderrecht der unselbstständigen Arbeitnehmer
1.2	Überblick über die Geschichte des Arbeitsrechts
1.3	Arbeitnehmer und Arbeitgeber
1.4	Rechtsquellen

2	Arbeitsvertragsrecht
2.1	Grundlagen
2.1.1	Wesen des Arbeitsvertrages
2.1.2	Begründung des Arbeitsverhältnisses
2.2	Vertragsanbahnung
2.2.1	Stellenausschreibung
2.2.2	Vorstellungskosten
2.2.3	Fragerechte und Offenbarungspflichten
2.2.4	Zustandekommen des Arbeitsvertrages
2.3	Arten des Arbeitsverhältnisses
2.3.1	Normalarbeitsverhältnis
2.3.2	Teilzeitarbeitsverhältnis
2.3.3	Arbeit auf Abruf
2.3.4	Arbeitsplatzteilung
2.3.5	Altersteilzeit
2.3.6	Geringfügiges Beschäftigungsverhältnis
2.3.7	Befristetes Arbeitsverhältnis
2.4	Mängel des Arbeitsverhältnisses
2.4.1	Nichtigkeit
2.4.2	Anfechtung
2.4.3	Rechtsfolgen
2.5	Inhalt des Arbeitsvertrages
2.5.1	Pflichten des Arbeitnehmers
2.5.1.1	Hauptpflichten

2.5.1.2	Inhalt der Arbeitspflicht
2.5.1.3	Nebenpflichten
2.5.2	Pflichten des Arbeitgebers
2.5.2.1	Vergütung
2.5.2.2	Nebenpflichten
2.5.2.3	Erholungsurlaub
2.5.2.4	Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall
2.6	Beendigung des Arbeitsverhältnisses
2.6.1	Beendigungstatbestände
2.6.2	Kündigung
2.7	Leistungsstörungen im Arbeitsverhältnis
2.7.1	Unmöglichkeit (mit Lehre vom Betriebsrisiko)
2.7.2	Verzug
2.8	Haftung von Arbeitgeber und Arbeitnehmer

3	Tarifrecht und Betriebsvereinbarungen
3.1	Grundlagen
3.2	Tarifvertrag (Formen, Wirkungen, Günstigkeit)
3.3	Arbeitskampf (Streik, Aussperrung, Boykott)
3.4	Personalvertretung

4	Wichtige ergänzende Normen
4.1	Schwerbehindertenrecht
4.2	Mutterschaftsrecht
4.3	Arbeitsplatzschutz

5	Rechtsweg und Zuständigkeit bei Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis (Grundlagen nach dem ArbGG)
----------	---

6	Das Recht der Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst (Grundlagen)
6.1	Wesentliche Unterscheidungsmerkmale zwischen Beschäftigten und Beamten
6.2	Übernahme beamtenrechtlicher Grundsätze in das Dienstverhältnis der Beschäftigten

7	Das Recht der Beschäftigten im öffentlichen Dienst
----------	---

7.1	BAT / TVÜ-Länder
7.1.1	Geltungsbereich
7.1.2	Ersetzung
7.1.3	Überleitungsregelungen
7.1.4	Besitzstandsregelungen
7.1.5	Sonstige Bestimmungen
7.1.6	Inkrafttreten und Laufzeit
7.2	TV-L
7.2.1	Geltungsbereich
7.2.2	Arbeitsvertrag (Schriftform, Nebenabreden, Probezeit)
7.2.3	Allgemeine Arbeitsbedingungen
7.2.3.1	Hauptleistungspflicht und allgemeine Pflichten
7.2.3.2	Schweigepflicht
7.2.3.3	Belohnungen und Geschenke
7.2.3.4	Nebentätigkeit
7.2.3.5	Ärztliche Untersuchung
7.2.3.6	Personalakten
7.2.3.7	Haftung
7.2.4	Versetzung, Abordnung, Zuweisung, Personalgestellung und Qualifizierung
7.2.5	Arbeitszeit
7.2.5.1	Regelmäßige Arbeitszeit
7.2.5.2	Sonderformen der Arbeit
7.2.5.3	Ausgleich der Sonderformen der Arbeit
7.2.5.4	Bereitschaftszeiten
7.2.5.5	Arbeitszeitkonto
7.2.5.6	Teilzeitbeschäftigung
7.2.6	Eingruppierung, Entgelt und sonstige Leistungen
7.2.6.1	Eingruppierung
7.2.6.2	Vorübergehende Übertragung einer höherwertigen Tätigkeit
7.2.6.3	Entgelt
7.2.6.4	Erschwerniszulagen und Jahressonderzahlung
7.2.6.5	Entgeltfortzahlung und Entgelt im Krankheitsfall
7.2.6.6	Besondere Zahlungen
7.2.6.7	Berechnung und Auszahlung des Entgelts
7.2.6.8	Betriebliche Altersversorgung
7.2.7	Urlaub und Arbeitsbefreiung
7.2.7.1	Erholungsurlaub
7.2.7.2	Zusatzurlaub

7.2.7.3	Sonderurlaub
7.2.7.4	Arbeitsbefreiung
7.2.8	Befristung und Beendigung des Arbeitsverhältnisses
7.2.8.1	Befristete Verträge
7.2.8.2	Führung auf Probe
7.2.8.3	Führung auf Zeit
7.2.8.4	Beendigung ohne Kündigung
7.2.8.5	Kündigung
7.2.8.6	Zeugnis
7.2.9	Übergangs- und Schlussvorschriften
7.2.9.1	Anwendung weiterer Tarifverträge
7.2.9.2	Ausschlussfrist
7.2.9.3	Begriffsbestimmungen, Inkrafttreten, Laufzeit
7.2.10	Sonderregelungen für Beschäftigte im Justizvollzugsdienst der Länder

Informations- und Datenschutzrecht

Lehrveranstaltungsstunden: 12

1	Grundlagen
1.1	Informationelle Selbstbestimmung und Datenschutz
1.2	Elementare Anforderungen an die Informationsverarbeitung
1.3	Technische Grundlagen zur Informations- und Datensicherheit
1.4	Bereichsspezifische Rechtsquellen des Datenschutzes im Justizvollzug

2	Erhebung personenbezogener Daten
2.1	Erhebung von Daten über Gefangene bei den Betroffenen und Dritten
2.2	Erhebung von Daten über Personen, die nicht Gefangene sind
2.3	Besondere Formen der Datenerhebung (Videotechnik u.a)

3	Verarbeitung und Nutzung personenbezogener Daten
3.1	Speicherung und Veränderung von Daten
3.2	Berichtigung, Löschung und Sperrung
3.3	Übermittlung von Daten an interne und externe Stellen
3.4	Schutz besonders sensibler Daten und spezifische Eingriffsgrundlagen

4	Auskunft und Akteneinsicht
----------	-----------------------------------

5	Datenschutzrechtliche Kontrolle und Sanktionen
----------	---

Ausländerrecht und Justizvollzug

Lehrveranstaltungsstunden: 12

1	Überblick über das Aufenthaltsgesetz
1.1	Begriff Ausländer
1.2	Rechtsquellen

2	Allgemeine Voraussetzungen für die Einreise von Ausländern
----------	---

3	Aufenthaltstitel
3.1	Allgemeine Erteilungsvoraussetzungen
3.2	Visum
3.3	Aufenthaltserlaubnis
3.4	Erlaubnis zum Daueraufenthalt
3.5	Sonderfall Asylantrag

4	Ausreisepflicht
4.1	Grundsatz
4.2	Überblick über die Erlöschensgründe
4.3	Widerruf
4.4	Rücknahme
4.5	Ausweisung
4.6	Zwangsweise Vollstreckung der Ausweisung; Exkurs zum Vollzug der Abschiebehaft

5	Freizügigkeit
----------	----------------------

6	§ 456 a StPO
----------	---------------------

Psychologie und Sozialwissenschaften

Organisationspsychologie: Abschnitt 2

Lehrveranstaltungsstunden: 30

1	Führung
1.1	Erklärungsansätze von Führung (personalistisch, situationstheoretisch, interaktionistisch)
1.2	Führungsstile
1.2.1	Mitarbeiter- und Aufgabenorientierung
1.2.2	Autoritärer, kooperativer und Laisser-faire Führungsstil
1.2.3	Führungsdiagnostik von Vroom und Yetton
1.2.4	Theorie der Führungseffektivität von Fiedler
1.3	Führungsfunktionen
1.4	Das Peter-Prinzip

2	Motivation
2.1	Grundlagen der Motivationspsychologie
2.2	Motivationstheorien
2.2.1	Lerntheorie (Hull)
2.2.2	Psychoanalyse (Freud)
2.2.3	Humanistische Psychologie (Maslow)
2.3	Individuelle Arbeitsmotive (Leistungsmotiv, Soziale Motive, Kompetenzmotiv, Prestigemotiv, Geldmotiv).
2.4	Arbeitszufriedenheit
2.4.1	Arbeitszufriedenheit und Leistung
2.4.2	Zweifaktoren-Theorie von Herzberg
2.4.3	Konzept der Arbeitszufriedenheit von Bruggemann

3	Justizvollzugsanstalt als Organisation von Gruppen
3.1	Gruppenbildung
3.2	Die Organisation als Gruppe von Gruppen
3.3	Formelle und informelle Gruppen
3.4	Kontaktformen und Gruppenstrukturen
3.5	Gruppennormen

3.6	Gruppenkohäsion und Dependenz
3.7	Rollen in Gruppen
3.8	Soziale Konflikte
3.9	Schlussfolgerungen für das soziale System

Organisationspsychologie: Abschnitt 3 **(mit sozialwissenschaftlichen Übungen)**

Lehrveranstaltungsstunden: 30

1	Grundlagen der Kommunikation
1.1	Allgemeines
1.2	Kommunikationsarten
1.3	Elemente der Kommunikation

2	Kommunikation und Störungen
2.1	Schulz von Thun – Ein Prozessmodell der Kommunikation
2.2	Kommunikationsstörungen

3	Gesprächsführung
3.1	Gespräche vorbereiten und strukturieren
3.2	Körpersprache
3.3	Zuhören
3.4	Sprechen
3.5	Gesprächsförderer / Gesprächsstörer
3.6	Gespräche nachbereiten
3.7	Gesprächstechniken

4	Gesprächssituationen im Berufsalltag
4.1	Mitarbeitergespräch
4.2	Kritik- / Konfliktgespräch
4.3	Konferenz
4.4	Deeskalationsgespräch
4.5	Dienstbesprechung
4.6	Feedback-Gespräch

5	Kommunikation als Mittel der Beeinflussung
----------	---

6	Informations- und Kommunikationssystem im Berufsfeld Justizvollzug
----------	---

Organisationspsychologie: Abschnitt 4

Lehrveranstaltungsstunden: 24

1	Einführung in das Beurteilungswesen
1.1	Begriffserläuterungen
1.2	Funktionen der Beurteilung
1.3	Arten der Beurteilung
1.4	Beurteilungssituation im Vollzug

2	Schritte bei der Stellenbesetzung
2.1	Stellenbeschreibung
2.2	Anforderungsprofil
2.3	Individuelles Leistungsprofil

3	Beurteilung von Mitarbeitern
3.1	Kennzeichen wissenschaftlicher und vorwissenschaftlicher Versuche, Aussagen über menschliches Verhalten und menschliche Eigenschaften zu treffen
3.2	Gütekriterien wissenschaftlich begründeter Beurteilungsverfahren
3.3	Datengewinnung und Datenbewertung
3.4	Beurteilungsschritte
3.5	Mögliche Fehlerquellen bei der Beurteilung von Mitarbeitern bezogen auf die Beurteilungsschritte

4	Konstanz und Variabilität von Persönlichkeitsmerkmalen
----------	---

5	Personalbeurteilung und Personaleinsatz als Führungsaufgabe im Justizvollzug
5.1	Betriebspsychologische Aspekte
5.2	Merkmale und Probleme der periodischen Beurteilung

Organisationspsychologie: Abschnitt 5

Lehrveranstaltungsstunden: 12

1	Begriff der Organisationskultur
1.1	Kulturtypen
1.2	Organisationskultur in einer Justizvollzugsanstalt

2	Organisationsentwicklung
2.1	Konzepte, Ziele und Methoden
2.2	Organisationsentwicklung im Justizvollzug

3	Instrumente der Organisationsentwicklung
3.1	Leitbilddiskussion und -erstellung
3.2	Supervision und Führungcoaching auf verschiedenen Ebenen
3.3	Mitarbeiterbefragungen planen und durchführen
3.4	Das strukturierte Mitarbeitergespräch
3.5	360-Grad-Feedback

4	Change-Management
4.1	Ziele und Methoden
4.2	Ziele und Inhalte der Personalentwicklung
4.3	Planung, Durchführung und Evaluation systematischer Mitarbeiterweiterbildung
4.4	Maßnahmen zur Beeinflussung von Arbeitsmotivation und Arbeitszufriedenheit
4.5	Maßnahmen zur Regulierung von Beanspruchung, Stress und psychische Regulation

5	Arbeitsgestaltung; Umsetzung des Leitkonzepts: „menschengerechte Arbeit“
----------	---

Vollzugspsychologie

Lehrveranstaltungsstunden: 24

1	Ziele des Strafvollzugs im Wandel der Jahrhunderte
2	Strukturen einer totalen Institution
2.1	Definition einer totalen Institution
2.2	Merkmale totaler Institutionen
2.3	Arten totaler Institutionen
2.4	Abgrenzung gegenüber anderen Einrichtungen
2.5	Funktionen totaler Institutionen
2.6	Strategien von Personal und Insassen
2.7	Spezielle Strukturen der totalen Institution JVA
2.8	Lebensbedingungen der Gefangenen
2.9	Strategien und Reaktionsformen der Gefangenen
3	Zeiterleben von Gefangenen
4	Subkultur im Gefängnis
4.1	Subkulturelle Einstellungen, Werthaltungen und Verwaltungsweisen
4.2	Auswirkungen auf die Aufgaben des Vollzugs
4.3	Entstehungsbedingungen von Subkultur
4.4	Möglichkeiten der Einflussnahme
5	Spezielle Problemfelder im Vollzug
5.1	Überbelegung
5.2	Suizid
5.3	Geiselnahme
5.4	Suchtmittel
5.5	Organisierte Kriminalität
6	Frauenkriminalität – Männerkriminalität im Vollzug
6.1	Aufgaben- und Zielstruktur im Justizvollzug
6.2	Gesellschaftliche Bedingungen, Kriminalität und Gestaltung des Vollzugs
6.3	Norm und Verhalten
6.4	Prognose

7	Beurteilungsverfahren und Risiken bei Lockerungsmaßnahmen
Wirtschafts- und Finanzwissenschaften	

Finanzwissenschaften: Abschnitt 2 Lehrveranstaltungsstunden: 82	
--	--

1	Einführung in die Haushaltsführung
1.1	Haushaltsgesetz und Haushaltsplan
1.2	Haushaltssystematik
1.3	Phasen der Haushaltswirtschaft

2	Ausführung des Haushaltsplans
2.1	Allgemeine Erläuterungen zum Haushaltsvollzug
2.2	Zuweisung der Haushaltsmittel
2.3	Ablauf einer Bewirtschaftungsmaßnahme
2.4	Haushaltsgrundsätze in der Bewirtschaftung
2.5	Ermittlung des wirtschaftlichsten Angebots
2.6	Bewirtschaftungsrechte
2.7	Erhebung von Einnahmen
2.8	Leistung von Ausgaben
2.9	Haushaltssperren

3	Anordnung
3.1	Trennung von Anordnung und Vollzug
3.2	Anordnungsbefugnis
3.3	Feststellungsbefugnis

4	Neue Instrumente der Haushaltspolitik
4.1	Ziele, Anwendbarkeit
4.2	Verbesserung der Effizienz
4.3	Einordnung in die Haushaltssystematik
4.4	Kosten- und Leistungsrechnung
4.5	Budget-, Kontrakt-, Personalmanagement
4.6	Betriebshaushalte / Programmhaushalte

5	Stärkung der Wirtschaftlichkeit / Leistungsfähigkeit
5.1	Umfang des Budgets
5.2	Bewirtschaftung
5.3	Übertragbarkeit, Einordnung und Abgrenzung zu Art. 34 BayHO
5.4	Berichtspflichten
6	Vergaberecht
6.1	Vergabevorschriften
6.2	Vergabearten
7	Veränderung von Verträgen und Ansprüchen
7.1	Vertragsänderungen, Vergleiche
7.2	Stundung, Niederschlagung, Erlass
8	Verträge mit Angehörigen des öffentlichen Dienstes
9	Interne Verrechnung
10	Vermögensgegenstände
10.1	Erwerb
10.2	Veräußerung
11	Bestandsverwaltung
11.1	Arten der Bestandsverzeichnisse
11.2	Zweck der Bestandsverzeichnisse
11.3	Anlage, Führung, Abschluss und Aufbewahrung
11.4	Buchungsverfahren und -anweisungen
12	Bauverwaltung im bayerischen Justizvollzug
12.1	Übersicht über die wichtigsten bau- und haushaltsrechtlichen Vorschriften
12.2	Bayerische Haushaltsordnung mit Verwaltungsvorschriften (BayHO / VV-BayHO)
12.3	Bayerischer Gruppierungsplan (BayGPL.)
12.4	Haushaltstechnische Richtlinien des Freistaates Bayern (HaR) / Haushaltsaufstellungsrichtlinien
12.5	Haushaltsgesetz (HG) mit Durchführungsbestimmungen und Haushaltsvollzugsrichtlinien
12.6	Haushaltszuweisungsschreiben des BSTMJ

12.7	Richtlinien für die Durchführung von Hochbauaufgaben des Freistaates Bayern (RLBau)
12.8	Baugesetzbuch (BauGB)
12.9	Bayerische Bauordnung (BayBO)
12.10	Verordnung über die Einrichtung und Organisation der staatlichen Behörden für das Bauwesen und die Wasserwirtschaft
12.11	Verordnung über die Vergabebestimmungen für öffentliche Aufträge (Vergabeordnung – VgV)
12.12	Verdingungsordnung für Bauleistungen (VOB)
12.13	Empfehlungen für den Bau von Justizvollzugsanstalten
12.14	Grundstücke

13	Geldverwaltung
13.1	Gefangenengeldverwaltung
13.2	Handvorschussstellen

14	Prüfungen
14.1	Prüfung von Ein- und Auszahlungsstellen, Handvorschüssen
14.2	Bestandsprüfungen

15	Innenrevision, Aufgaben und Zuständigkeiten
-----------	--

16	Einübende Veranstaltungen
-----------	----------------------------------

17	Klausurbesprechung
-----------	---------------------------

Investition und Finanzierung

Lehrveranstaltungsstunden: 21

1	Zusammenhang von Investition und Finanzierung
2	Investitionen
2.1	Investitionsarten
2.2	Investitionsentscheidung
2.3	Statische Methoden der Investitionsrechnung
2.4	Kapitalwertmethode
3	Finanzierung
3.1	Finanzierungsarten
3.2	Leasing
3.3	Finanzplan und Finanzierungsregeln

Externes Rechnungswesen – Grundlagen der Buchführung mit Jahresabschluss

Lehrveranstaltungsstunden: 27

1	Einführung
1.1	Aufgaben der Buchführung
1.2	Abgrenzung zum internen Rechnungswesen
2	Jahresabschluss
2.1	Bilanz
2.2	Gewinn- und Verlustrechnung
3	Doppelte Buchführung
3.1	Eröffnungsbilanz und ihre Auflösung in Konten
3.2	Erfolgsneutrale und erfolgswirksame Buchungen
4	Spezielle Konten
4.1	Vorsteuer und Umsatzsteuer
4.2	Wareneinkauf und -verkauf
5	Spezialfragen des Jahresabschlusses
5.1	Bewertung des Umlaufvermögens
5.2	Bewertungsfragen beim Anlagevermögen
5.3	Rechnungsabgrenzung / Forderungen / Verbindlichkeiten

**Externes Rechnungswesen – Das Rechnungswesen in
der Arbeitsverwaltung**
Lehrveranstaltungsstunden: 24

1	Buchführungssystem nach der AVO
1.1	Ziele der Buchführung
1.2	Abgrenzung zu anderen Systemen
1.3	Die Kontenrahmen der Arbeitsverwaltung
1.4	Vermögen der Arbeitsverwaltung
1.5	Kontenführung
1.6	Buchungen
1.7	Abschlusskonten

2	Jahresabschluss nach der AVO
2.1	Aufwands- und Ertragsbuchungen
2.2	Betriebsfremde Aufwendungen
2.3	Rechnungsabgrenzung
2.4	Nachweisung Forderungen / Verbindlichkeiten
2.5	Bestände
2.6	Kontenabschluss
2.7	Erfolgs- und Vermögensübersicht
2.8	Kostenstellenrechnung
2.9	Geschäftsbericht

Internes Rechnungswesen – Grundlagen der Kostenrechnung mit Kalkulationsmethoden

Lehrveranstaltungsstunden: 42

1	Einführung in die Kostenrechnung
1.1	Begriffsabgrenzungen (Kosten, Aufwand, Ausgabe, Auszahlung)
1.2	Gliederung der Kostenrechnung
1.3	Kostenrechnungssysteme
1.4	Probleme der Kostenrechnung

2	Kostenartenrechnung
2.1	Aufwandsgleiche Kosten
2.2	Kalkulatorische Kosten

3	Kostenstellenrechnung und Betriebsabrechnungsbogen
----------	---

4	Kalkulation
4.1	Vollkostenrechnung
4.1.1	Divisionskalkulation
4.1.2	Zuschlagskalkulation
4.2	Teilkostenrechnung
4.3	Grenzen der Kostenrechnung

Internes Rechnungswesen – Kalkulation und Preisbildung in der Arbeitsverwaltung

Lehrveranstaltungsstunden: 30

1	Grundsatz und Quellen
2	Preisbildung für Leistungen der Eigenbetriebe
2.1	Differenziertes Verhalten
2.1.1	Kostenarten
2.1.2	Zuschlagskalkulation mit dem Betriebsabrechnungsbogen (BAB)
2.1.3	Auf- und Abschläge
2.2	Vereinfachte Verfahren
2.3	Preisbildung bei Fuhrleistungen (Nr. 25 AVO)
3	Preisbildung für Leistungen der Unternehmerbetriebe und für sonstige Auftraggeber
3.1	Kostenarten
3.2	Zuschlagskalkulation mit dem Betriebsabrechnungsbogen (BAB)
3.3	Auf- und Abschläge
3.4	Rahmenabkommen und bindende Festsetzungen
4	Preisbildung in besonderen Fällen (Nr. 30 AVO)
5	Lohnsteuerliche Behandlung von Bezugsrechten bei der Bezügeabrechnung
6	Preisbildung bei Tätigkeiten für die Vollzugsanstalt und bei beruflicher Bildung (Nr. 29 und 31 AVO)
7	Ergebniskontrolle (Nr. 33 AVO)

Organisation vollzugliches Arbeitswesen**Lehrveranstaltungsstunden: 4**

Service- und Koordinierungsstelle; Stärken, Schwächen, Chancen und Risiken des vollzuglichen Arbeitswesens; Enterprise-Ressource-Planning; Softwarelösungen

Steuerpflichten der Justizvollzugseinrichtungen**Lehrveranstaltungsstunden: 15**

Allgemeines Steuerrecht (incl. Verfahrensrecht);
Grundzüge der Tax Compliance;
Allgemeines Umsatzsteuerrecht (Grundlagen);
Spezielles Umsatzsteuerrecht (Besteuerung der öffentlichen Hand, insbesondere Justizvollzug);
Organisation und Steuerfindung im SAP-System des Justizvollzuges

Weitere Ausbildungsbereiche

Sicherheit und Gesundheitsschutz bei der Arbeit

Lehrveranstaltungsstunden: 12

1	Wesen und Aufgaben der gesetzlichen Unfallversicherung
1.1	Träger der gesetzlichen Unfallversicherung
1.2	Kreis der versicherten Personen
1.3	Aufgaben der gesetzlichen Unfallversicherung
1.4	Arbeitsunfall, Berufskrankheit und Wegeunfall

2	Rechtsgrundlagen im Arbeitsschutz
2.1	Europäisches Recht
2.2	Rechtssystematik
2.3	Normsetzung im Arbeitsschutz
2.4	Arbeitsschutzgesetz
2.5	Betriebssicherheitsverordnung, Gefahrstoffverordnung, Biostoffverordnung, Bildschirmarbeitsplatzverordnung, Arbeitsstättenverordnung
2.6	Sozialgesetzbuch VII

3	Beteiligte im Arbeitsschutz
3.1	Verantwortung des Arbeitgebers
3.2	Unterstützungspflicht der Beschäftigten
3.3	Fachkraft für Arbeitssicherheit
3.4	Betriebsarzt
3.5	Sicherheitsbeauftragte
3.6	Personalrat
3.7	Arbeitsschutzausschuss
3.8	Arbeitsmanagementsystem

4	Arbeitsunfall
4.1	Das Unfallereignis in der Entstehung
4.2	Maßnahmen – Zielhierarchie
4.3	Das Arbeitssystem
4.4	Analysieren – Beurteilen – Ziele setzen

5	Verantwortung und Haftung von Führungskräften
5.1	Verantwortungsbereiche des Unternehmens
5.2	Verstoß gegen Unfallverhütungsvorschriften
5.3	Haftung und Regress
5.4	Verstoß gegen Rechtsvorschriften

6	Pflichtenübertragung
6.1	Delegation
6.2	Verantwortungsbereich – Pflichten – Befugnisse
6.3	Grenzen der Pflichtenübertragung

7	Gefährdungsbeurteilung
7.1	Beurteilung der Arbeitsbedingungen
7.2	Dokumentation
7.3	Ablauf der Gefährdungsbeurteilung
7.4	Risiko

8	Übertragung von Aufgaben
8.1	Befähigung
8.2	Vorgehensweise
8.3	Gefährliche Aufgaben

9	Unterweisung
9.1	Unterweisungsinhalte
9.2	Unterweisungsform
9.3	Anlässe für Unterweisung
9.4	Betriebsanweisungen

10	Lärm am Arbeitsplatz
10.1	Wirkung von Lärm
10.2	Das menschliche Ohr
10.3	Lärmbereich
10.4	Hörverlust
10.5	Lärmbeispiele

Korruptionsprävention Lehrveranstaltungsstunden: 9

1	Einschlägige Strafvorschriften
2	Vollzugsspezifische Verwaltungsvorschriften und Hinweise

Grundzüge der Didaktik

Lehrveranstaltungsstunden: 18

1	Grundzüge der Erwachsenenbildung
2	Grundlagen der Ausbildung
3	Die praktische Anleitung
4	Medien
5	Methoden und Arbeitstechniken
6	Unterrichtsplanung
7	Klausurerstellung und Korrektur
8	Aspekte des Lehrkräfteverhaltens
9	Vorbereitung des Vortrags im Fach „Gestaltung des Justizvollzugs“
9.1	Die Präsentation als Sonderform der Wissensvermittlung
9.2	Erarbeitung sinnvoller Grobgliederungen
9.3	Moderation

Rhetorik

Lehrveranstaltungsstunden: 12

Leistungskontrollen während der Fachtheoretischen Studienabschnitte (Fachstudium I und II)

Erster fachtheoretischer Studienabschnitt (Fachstudium I)

- 1 Zwei Übungsklausuren, deren Ergebnis nicht in die Gesamtbewertung einfließt.
- 2 6 schriftliche Klausuren im Umfang von je 5 Zeitstunden, verteilt auf die Dauer des Fachstudiums I.
- 3 6 schriftliche Klausuren im Umfang von je 5 Zeitstunden unmittelbar vor Beendigung des Fachstudiums I.
- 4 Eine mündliche Prüfung im Umfang von ca. zwanzig Minuten pro Prüfling.

Zweiter fachtheoretischer Studienabschnitt (Fachstudium II)

- 1 6 schriftliche Klausuren im Umfang von je 5 Zeitstunden verteilt auf die Dauer des Fachstudiums II.
- 2 6 schriftliche Klausuren im Umfang von je 5 Zeitstunden unmittelbar vor Beendigung des Fachstudiums II.
- 3 Eine mündliche Prüfung im Umfang von ca. zwanzig Minuten pro Prüfling.

Die schriftlichen Klausuren im Fachstudium I und II können nach rechtzeitiger vorheriger Ankündigung entweder handschriftlich oder elektronisch durchgeführt werden. Die Entscheidung über die Art der Durchführung und Ausnahmen im Einzelfall trifft die Fachbereichsleitung.